

NETZWERK ZUR UMSETZUNG DER
UN-KINDERRECHTSKONVENTION
NATIONAL COALITION DEUTSCHLAND

JAHRESBERICHT 2025



Bildnachweise

Cover: Illustration „Protect Democracy. Vote!“
von Barbora Keherova für Fine Acts unter CC BY-NC-SA 4.0
S. 13: Illustration © fruehe-demokratiebildung.de
S. 15: Gruppenfoto Übergabe Aide Memoires © Phototek/Amrei Schulz
S. 21: Illustration von Visuals/Charles Deluvio auf Unsplash
S. 27: Illustration „Stop Hate Speech“
von Studio PUNKT für Fine Acts unter CC BY-NC-SA 4.0
S. 33: Foto von Edi Libedinsky auf Unsplash

Impressum

Jahresbericht 2025
© National Coalition Deutschland,
Berlin 2026

Redaktion: Alexia Knappmann, Emily Koch,
Kirsten Schweder, Lea Marignoni,
Michelle Fleischer, Sophie Bauer
Layout und Satz: Léon Giogoli

Herausgegeben von:
National Coalition Deutschland –
Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention e. V.
Steinstr. 13, 10119 Berlin
+49 (0)179 40 388 73
info@netzwerk-kinderrechte.de
www.netzwerk-kinderrechte.de

Die National Coalition Deutschland wird aus Mitteln
des Kinder- und Jugendplans des Bundes gefördert.

**NETZWERK ZUR UMSETZUNG DER
UN-KINDERRECHTSKONVENTION**
NATIONAL COALITION DEUTSCHLAND

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend



**Kinder- und
Jugendplan
des Bundes**

Inhalt

4 VORWORT

6 I. ZIELE

- 6 **Ziel 1: Monitoring der UN-Kinderrechtskonvention**
- 7 Follow-up-Veranstaltungen
- 9 Vorbereitung des Staatenberichtsverfahrens / Beginn Strategieprozess
- 10 Monitoring: Aktuelle Entwicklungen im Blick
- 11 Perspektive

12 Ziel 2: Stärkung des zivilgesellschaftlichen Netzwerks

- 13 Themennetzwerk Bildung
- 13 Themennetzwerk Flucht
- 13 Themennetzwerk Klima
- 14 Kinder- und Jugendbeteiligung: Partizipativ von Beginn an
- 15 Deutsche Netzwerke
- 18 Internationale Netzwerke
- 19 Perspektive

20 Ziel 3: Bekanntmachung der UN-Kinderrechtskonvention

- 21 Das Kinderrechte-Portal/ Ausbau eigener Kinderbereich
- 22 #KinderrechteChampion
- 22 Veranstaltungen
- 24 Onlinekommunikation
- 25 Publikationen und Stellungnahmen
- 27 Perspektive

28 II. MENSCHEN

- 28 Vorstand
- 29 Beirat
- 30 Schirmfrau
- 30 Kinderschutzbeauftragte
- 30 Geschäftsstelle

32 III. ZAHLEN

34 IV. MITGLIEDER

36 GRUSSWORT J. ORTLEB



6 Ziel 1: Monitoring der UN-Kinderrechtskonvention



12 Ziel 2: Stärkung des zivilgesellschaftlichen Netzwerks



20 Ziel 3: Bekanntmachung der UN-Kinderrechtskonvention

VORWORT

Rückblick auf ein ereignisreiches Jahr 2025. Wir haben unsere Sprecher gefragt, was sie bewegt hat und welche Herausforderungen sie für 2026 sehen.

1. Wenn ihr auf das Jahr 2025 aus kinderrechtlicher Perspektive blickt: Was hat euch persönlich am meisten beschäftigt oder geprägt?

Bianka Pergande: Uns hat beide sehr gefreut, dass die Mitgliederversammlung 2024 uns das Vertrauen ausgesprochen hat, gemeinsam die Verantwortung als Sprecherin und Sprecher des Netzwerks zu übernehmen.

Sven Stumpf: Inhaltlich hat mich 2025 vor allem die Situation der mentalen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen beschäftigt. Wir sehen hier Problemfelder, die mit den bestehenden Strukturen nicht mehr aufgefangen werden können: viel zu lange Wartezeiten auf Therapieplätze, kurzfristig angelegte Präventionsprojekte, die gerade unter Haushaltsdruck gestrichen werden, und gleichzeitig kaum nachhaltige Ansätze, etwa eine stärkere Verankerung im Bildungssystem. Das ist mehr als ein Versorgungsproblem – wir riskieren, eine ganze Generation mit ihren Belastungen allein zu lassen.

Gleichzeitig hat uns schockiert, wie im Zuge der GEAS-Anpassungsgesetze fundamentale Kinderrechte relativiert wurden. Freiheitsentzug mit dem Argument des „Schutzes“ von Kindern einzuführen, steht im klaren Widerspruch zum Kindeswohlprinzip. Das zeigt sehr deutlich, wie schnell kinderrechtliche Standards politisch unter Druck geraten können.

Bianka Pergande: Mit dem Bruch der Regierungskoalition galten Anfang 2025 sowohl die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz als auch die geplante Kindergrundsicherung als gescheitert. Das schwächt die Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik, ein kinderfreundliches Land zu sein. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind nach wie vor die am stärksten



▲ Bianka Pergande und Sven Stumpf übernehmen als Sprecherin und Sprecher Verantwortung im Netzwerk Kinderrechte.

von Armut betroffene Altersgruppe. Das hat negative Auswirkungen auf die ungleich verteilten Chancen in Bezug auf Bildung, Gesundheit und ein gutes Aufwachsen. Auch die Tatsache, dass die Anzahl der Geburten sinkt, ändert nichts daran, dass die Ressourcen für Kinder und Familien regelmäßig nicht ausreichen. 2025 war in etlichen Landkreisen und Kommunen der „Kindermangel“ bereits zu spüren – zunächst in den Krippen und Kindertagespflegestellen. In wenigen Jahren wird der demografische Wandel auch Schulen, Ausbildungsbetriebe oder Hochschulen verändern und sich direkt auf die demokratischen Mehrheitsverhältnisse auswirken. Umso wichtiger ist es, nicht an Kindern, Jugendlichen und Familien zu sparen, sondern gerade jetzt alles dafür zu tun, dass Kinder gut aufwachsen und sich bestmöglich entwickeln können.

2. Wenn ihr auf das Netzwerk Kinderrechte blickt: Wie habt ihr seine Entwicklung im Jahr 2025 erlebt und was steht für 2026 an?

Sven Stumpf: 2025 war für das Netzwerk ein intensives Jahr. Nach einer längeren Vakanz und auch persönlichen Schicksalsschlägen im Team ging es zunächst darum, Strukturen zu stabilisieren und wieder gemeinsam arbeitsfähig zu werden.

Bianka Pergande: Zu den wirklich guten Momenten gehörte der Einstieg von Alexia Knappmann als neue Geschäftsstellenleiterin. Alexia hat im Januar ihre

Arbeit aufgenommen und treibt seitdem kontinuierlich die Projekte des Netzwerk Kinderrechte voran.

Sven Stumpf: Das Team hat sich neu zusammengefunden, und wir konnten insbesondere im Bereich Beteiligung zusätzliche Kolleg*innen gewinnen und wichtige Impulse setzen. Gleichzeitig ist uns klar, dass 2026 kein ruhigeres Jahr wird. Mit Blick auf die anstehende Antragstellung und die angespannte Haushaltslage stehen wir vor echten Herausforderungen. Umso wichtiger wird es sein, unsere Arbeit klar zu priorisieren und die politische Relevanz von Kinderrechten weiterhin deutlich zu machen. Langweilig wird es uns also nicht.

3. Mit Blick auf die internationale Ebene: Welche Herausforderungen seht ihr aktuell für das Netzwerk Kinderrechte im Hinblick auf das kommende Staatenberichtsverfahren vor dem UN-Kinderrechtsausschuss?

Bianka Pergande: Eine zentrale Herausforderung ist aktuell die Unsicherheit im Verfahren selbst. Durch Verzögerungen auf internationaler Ebene ist nicht klar, wann genau die nächste Überprüfung Deutschlands durch den UN-Kinderrechtsausschuss stattfinden wird.

Sven Stumpf: Für uns als Netzwerk ist das hoch relevant, weil wir im vereinfachten Berichtsverfahren über die sogenannte List of Issues maßgeblich mit beeinflussen, welche Fragen der Bundesregierung überhaupt gestellt werden. Eine fundierte Vorbereitung darauf ist entscheidend, um kinderrechtliche Problemfelder sichtbar zu machen und politisch zu adressieren.

Gleichzeitig entsteht daraus ein praktisches Problem: Es ist schwer, strategisch und auch finanziell belastbar zu planen, wenn der zeitliche Rahmen unklar ist. Das erhöht den Druck, flexibel zu bleiben und gleichzeitig inhaltlich gut vorbereitet zu sein.

4. In vielen aktuellen Debatten, etwa rund um Social Media, werden Kinderrechte vor allem aus einer Schutzperspektive betrachtet. Was greift aus eurer Sicht daran zu kurz und wie müsste eine kinderrechtskonforme Politik stattdessen aussehen?

Bianka Pergande: Selbstverständlich ist Kinderschutz wichtig. Weil Kinderrechte jedoch unteilbar sind, gehören Schutz, Befähigung und Teilhabe untrennbar zusammen – sie können nicht nacheinander umgesetzt oder gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen gleichzeitig gewährleistet werden. Eine Politik, die vor allem auf Verbote setzt, bietet deshalb

keinen echten Schutz, weil sie weder Kompetenzen stärkt noch Selbstwirksamkeit ermöglicht. Wir müssen die Rechte der Kinder insgesamt schützen, statt einseitig nur ihr Recht auf Schutz im Blick zu haben. Das gilt auch im digitalen Raum.

Sven Stumpf: Wenn wir über Schutz sprechen, müssen wir stärker vom tatsächlichen Aufwachsen von Kindern ausgehen. Kinder brauchen verlässliche Beziehungen, Orientierung und sichere Räume, in denen sie Erfahrungen machen können – auch im Umgang mit Risiken und mit der Möglichkeit, Fehler zu machen, ohne dass die Konsequenzen sie unmittelbar gefährden.

Gerade im digitalen Raum zeigt sich das sehr konkret: Kinder müssen nicht nur geschützt werden, sondern auch lernen können, sich zu bewegen, Grenzen zu erkennen und zu verstehen, wie dieser Raum funktioniert. Das gelingt nur in altersgerecht gestalteten Umgebungen, in denen sie ernst genommen und begleitet werden. Gleichzeitig dürfen wir den Blick nicht nur auf einzelne Maßnahmen richten. Auch das gesellschaftliche Klima ist entscheidend. Wenn Kinder in einer Umgebung aufwachsen, die von Unsicherheit, Krisenrhetorik und fehlenden Zukunftsperspektiven geprägt ist, entsteht kein Gefühl von Sicherheit.

Bianka Pergande: Die Reduktion auf ein Verbot von Social Media verengt außerdem den Blick auf die Altersgruppe der älteren Kinder und Jugendlichen. Dass aber auch schon sehr junge Kinder teilweise viel zu viel Zeit vor Bildschirmen verbringen und dass auch der Alltag ihrer erwachsenen Bezugspersonen und Geschwister von digitalen Endgeräten geprägt ist, gerät angesichts der Social-Media-Debatte völlig aus dem Fokus. Welche Auswirkungen hohe und sogar unkontrollierte Bildschirmmedien-Nutzungszeiten auf die sprachlich-kognitive, emotional-soziale und motivationale Entwicklung von jungen Kindern haben, ist bisher noch nicht einmal richtig erforscht. Hier sehen wir jenseits der Verbotsdebatten rund um Social Media noch einen großen Handlungsbedarf.

Sven Stumpf: Kinderschutz bedeutet deshalb mehr, als Gefahren abzuwehren. Es geht darum, Bedingungen zu schaffen, in denen Kinder sich sicher fühlen, befähigt werden und sich als wirksam erleben können. Deshalb wollen wir auch unsere Beteiligungsarbeit ausbauen: Wir wollen, dass Kinder in einem geschützten Rahmen bei uns selbst ihre Ideen und Meinungen zur Umsetzung von Kinderrechten in Deutschland äußern können und damit in Zukunft selbst zu einer besseren Umsetzung beitragen können.



I. ZIELE

ZIEL 1

Monitoring der UN-Kinderrechtskonvention

Die Mitgliedsorganisationen der National Coalition Deutschland – Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention (kurz Netzwerk Kinderrechte) berichten regelmäßig im Rahmen des UN-Berichterstattungsverfahrens darüber, wie die Kinderrechte in Deutschland verwirklicht werden: Was hat sich seit der letzten Prüfung verbessert, was hat sich verschlechtert und wo zeigen sich neue kinderrechtliche Herausforderungen? Im September 2022 veröffentlichte der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes zuletzt seine Abschließenden Bemerkungen für Deutschland. Seitdem begleitet das Netzwerk Kinderrechte die Umsetzung der darin enthaltenen Empfehlungen im Follow-up-Prozess.

Follow-up-Veranstaltungen

Gemeinsam mit der unabhängigen Monitoring-Stelle UN-Kinderrechtskonvention des Deutschen Instituts für Menschenrechte hat das Netzwerk Kinderrechte im Jahr 2025 zwei digitale Fachveranstaltungen durchgeführt, um die Zivilgesellschaft auf zwei zentrale Herausforderungen vorzubereiten: Zum einen wurden kinderrechtliche Lücken im neuen Koalitionsvertrag im Hinblick auf die Abschließenden Bemerkungen des UN-Ausschusses identifiziert und gemeinsam Handlungsmöglichkeiten entwickelt. Zum anderen soll eine frühzeitige Orientierung im neuen vereinfachten Berichtsverfahren sichergestellt werden.

26. Mai 2025 | 13:00 – 15:00 Uhr

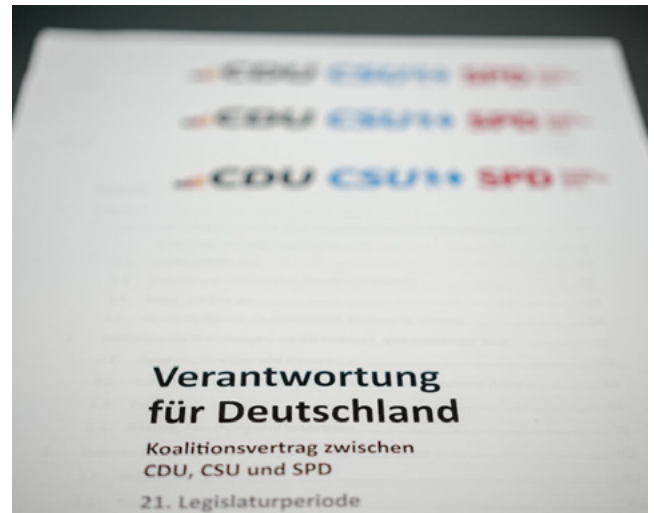
Abschließende Bemerkungen & Koalitionsvertrag: Welche kinderrechtlichen Pflichten werden angegangen?

Am 26. Mai 2025 fand im Rahmen des Follow-ups zum Staatenberichtsverfahren der Vereinten Nationen eine digitale Fachveranstaltung unter dem Titel „Abschließende Bemerkungen & Koalitionsvertrag: Welche kinderrechtlichen Pflichten werden angegangen?“ statt. Anlass war der kürzlich veröffentlichte Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD, der unter dem Leitmotiv „Verantwortung für Deutschland“ steht.

Im Mittelpunkt stand die Frage, inwieweit die aktuellen Empfehlungen des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes an Deutschland Eingang in das Regierungsprogramm gefunden haben. Gemeinsam mit Expert:innen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Praxis wurden Leerstellen im Koalitionsvertrag identifiziert, kinderrechtlich relevante Maßnahmen diskutiert und Impulse für künftiges politisches Handeln formuliert.

Der nächste Staatenbericht Deutschlands war ursprünglich für April 2027 vorgesehen. Derzeit ist jedoch ungewiss, wann das nächste Berichtsverfahren genau beginnen wird. Dies ist zurückzuführen auf die Umstellung auf das vereinfachte Berichtsverfahren, die aktuelle Finanzkrise der Vereinten Nationen sowie durch einen Rückstau an Verfahren vor dem UN-Kinderrechtsausschuss.

Klar ist: Je früher sich alle Akteur:innen mit dem neuen Ablauf vertraut machen, desto wirksamer können sie sich einbringen. Das Netzwerk Kinderrechte bereitet sich deshalb bereits jetzt auf das nächste Berichtsverfahren vor, um die Perspektive der Zivilgesellschaft und die von Kindern und Jugendlichen rechtzeitig und wirksam einzubringen.



▲ Cover des Koalitionsvertrags zwischen CDU, CSU und SPD für die 21. Legislaturperiode

Die Analyse fiel nüchtern aus: Aus kinderrechtlicher Perspektive zeigt sich bereits auf struktureller Ebene, dass zentrale Prinzipien der Konvention im Koalitionsvertrag nur unzureichend berücksichtigt werden. Während im Bereich Schutz eine Reihe relevanter Maßnahmen benannt werden, bleiben Förderung und Beteiligung Randthemen.

Der eigentliche Anspruch der Konvention, Kinder als eigenständige Träger:innen von Rechten ernst zu nehmen, wird so nicht vollständig eingelöst. Besonders eindrücklich brachte Lennox, 11 Jahre, die Perspektive junger Menschen auf den Punkt: Ihm fehlten konkrete Aussagen zu Klimaschutz, Bildungsreform und politischer Teilhabe von Kindern und Jugendlichen.

Die Veranstaltung führte zu Handlungsempfehlungen für sechs Themenbereiche: Strukturelle Verankerung der Kinderrechte, Kinderschutz, Flucht und Migration, Gesundheit und Digitalisierung, Bildung sowie internationale Verantwortung. Die vollständige Dokumentation ist auf der Website des Netzwerks Kinderrechte abrufbar.

Vereinfachtes Berichtsverfahren

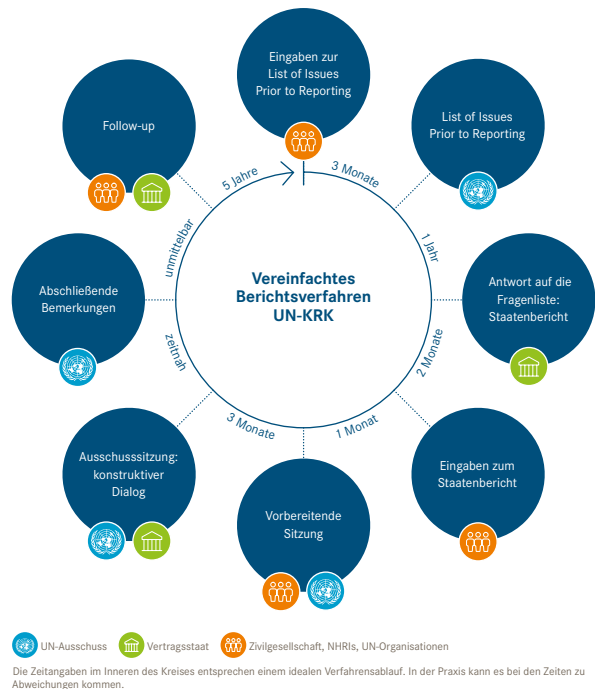
„Wie läuft das vereinfachte Berichtsverfahren ab und wer kann sich wann und wie daran beteiligen?“

Die zweite Follow-up-Veranstaltung des Jahres war dem bevorstehenden Berichtsverfahren und seiner veränderten Logik gewidmet. Im Mittelpunkt standen zwei Fragen: Welche aktuellen Herausforderungen und Entwicklungen gibt es im Ausschuss für die Rechte des Kindes in Genf und wie wirken sie sich auf die Staatenüberprüfungen aus? Was ändert sich durch das neue vereinfachte Berichtsverfahren konkret für die Zivilgesellschaft? Wie kann sich das Netzwerk Kinderrechte vorbereiten und eine wirkungsvolle Kinder- und Jugendbeteiligung sicherstellen?

Ein zentrales Ergebnis: Das vereinfachte Verfahren bringt vor allem für den UN-Ausschuss und die Vertragsstaaten Erleichterungen. Für die Zivilgesellschaft gibt es zwei Beteiligungsphasen: die Eingabe zur List of Issues prior to Reporting (LOIPR) und einen „Schattenbericht“, wobei die Reaktionszeit auf den Staatenbericht kürzer wird. Gleichzeitig eröffnet das Verfahren eine wichtige neue Chance: Durch die Beteiligung gleich zu Beginn kann die Zivilgesellschaft die Inhalte der LOIPR mitprägen und damit das gesamte Verfahren inhaltlich mitgestalten.

Deutlich wurde auch: Das vereinfachte Verfahren führt nicht automatisch zu einer stärkeren Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Diese bleibt Aufgabe der Zivilgesellschaft. Sophie Kiladze, Vorsitzende des UN-Kinderrechtsausschusses, brachte es auf den Punkt: „Das Engagement der Zivilgesellschaft ist sehr wichtig. Es ist wichtig, dass so viele Kinder wie möglich in den Prozess einbezogen werden. Die Zivilgesellschaft ist diejenige, die die Kinder zu uns bringt.“

Die aktuelle Finanzkrise der Vereinten Nationen verschärft die Lage zusätzlich: Sitzungen werden



Quelle: © webersupiran

verschoben oder finden nur noch online statt, der Rückstau bei Verfahren beträgt inzwischen zwei bis drei Jahre. Agnès Gracia Corberó vom Child Rights Connect appellierte dennoch an die anwesenden Organisationen: „Ich möchte Sie auffordern, kreativ zu werden, auch wenn wir uns in einer verlängerten Follow-up-Phase befinden. Legen Sie einfach los und beginnen Sie mit der Planung!“

Für das Netzwerk Kinderrechte bedeutet das konkret: Die verlängerte Follow-up-Phase wird aktiv genutzt. Sven Stumpf, Sprecher des Netzwerks, kündigte an: „Das Netzwerk Kinderrechte möchte die Expertise von Kindern und Jugendlichen bündeln und sichtbar machen. Es soll ein Begleitgremium entwickelt werden, gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen.“

Die Veranstaltung hat dem Netzwerk Kinderrechte eine klare Orientierung gegeben: Die verlängerte Follow-up-Phase und die Ungewissheit bezüglich des Zeitpunkts des nächsten Verfahrens sind zwar herausfordernd, können aber auch produktiv genutzt werden. Das Netzwerk wird die Follow-up-Phase daher nicht abwarten, sondern aktiv gestalten. Informationen für künftige Berichte werden kontinuierlich gesammelt, Positionen werden entwickelt, die Kinder- und Jugendbeteiligung früh vorbereitet und kinderrechtliche Themen gezielt auch in andere politische Prozesse eingebracht. Wer beim nächsten Berichtsverfahren wirksam sein will, muss jetzt beginnen.

„
Kinder dürfen niemals aus migrationspolitischen Gründen getrennt, inhaftiert oder übersehen werden – auch nicht für zwei Jahre. Der Koalitionsvertrag muss sich an der UN-Kinderrechtskonvention messen lassen und keine migrationspolitische Symbolpolitik zu Lasten von Kindern machen.
“

Sven Stumpf
SOS Kinderdorf

„
Der Koalitionsvertrag liefert beim Kinderschutz nur kleine Schritte – und lässt zentrale Fragen offen: Wie werden Hilfesysteme gestärkt? Was kommt für besonders verletzte Kinder oder Kinder in Armut? Die Interessen von Kindern und Jugendlichen dürfen auch in Krisenzeiten nicht aus dem Blick geraten.
“

Paula Wenning
DKSBN

Vorbereitung Staatenberichtsverfahren / Beginn des Strategieprozesses

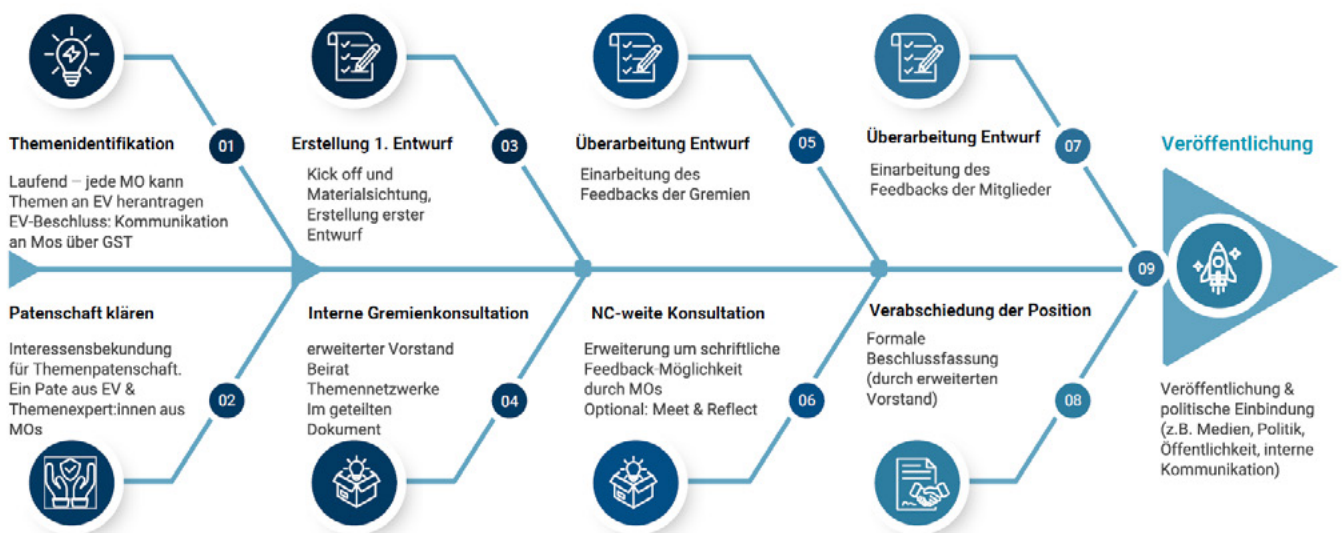
Um das nächste Staatenberichtsverfahren frühzeitig vorzubereiten und die strategische Ausrichtung des Netzwerks zu schärfen, hat der Erweiterte Vorstand 2025 einen strukturierten Strategieprozess gestartet. Ausgangspunkt war eine Umfrage, die einen Wunsch nach mehr gemeinsamer inhaltlicher Arbeit, stärkerer Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit und einer gezielteren politischen Kommunikation in Bezug auf Umsetzungsdefizite der UN-KRK zeigte. Hierbei steht immer das Kernmandat im Fokus: die Verwirklichung der Kinderrechte in Deutschland zu prüfen, Verbesserungen einzufordern und konkrete Empfehlungen zur Umsetzung und Kenntnis der Kinderrechte in Deutschland zu erwirken.

In drei Arbeitsgruppen wurden diese Felder vertieft: Inhaltliche Positionierungen, Sichtbarkeit und

Kommunikation sowie Politische Empfehlungen für die Verbesserung der Verwirklichung der Kinderrechte und zur Umsetzung der Abschließenden Erklärungen. Das Ergebnis war eindeutig: Gemeinsame, koordinierte Positionen zu zentralen kinderrechtlichen Themen sind die Grundlage für alles andere. Sie stärken die Sprechfähigkeit des Netzwerks und der Mitglieder, schaffen Legitimität durch die Perspektivenvielfalt im Netzwerk und sind zugleich wertvolle Vorarbeit für die kommende List of Issues Prior to Reporting.

Vor diesem Hintergrund hat der Erweiterte Vorstand einen Prozess zur Entwicklung gemeinsamer Positionspapiere erarbeitet, intern konsultiert, pilotiert, angepasst und verabschiedet. Dieser Prozess wurde im Rahmen der Mitgliederversammlung vorgestellt und wird nun umgesetzt. Der Prozess sieht neun Schritte vor: von der Themenidentifikation über interne und netzwerkweite Konsultation bis zur Veröffentlichung. Außerdem soll die Perspektive von Kindern und Jugendlichen systematisch eingebunden werden. Wenn es die politische Realität erfordert, ist auch ein Fast-Track-Verfahren möglich.

Vorstellung: POSITIONSENTWICKLUNG BEI DER NC



* Mittelfristig wird in diesem Prozess von Beginn an eine Kinder- und Jugendbeteiligung angestrebt

** Wenn die politische Realität es erfordert, kann der Prozess im Fast-Track erfolgen: Hier werden Schritte 6 & 7 übersprungen

Monitoring: Aktuelle Entwicklungen im Blick

Stellungnahme zur Bundestagswahl 2025

Anlässlich der Bundestagswahl im Februar 2025 hat das Netzwerk Kinderrechte eine ausführliche Stellungnahme veröffentlicht, in der zehn kinderrechtliche Forderungen an die neue Bundesregierung formuliert wurden. Die Stellungnahme deckte zentrale Themenbereiche ab: von Kinderarmut und Bildung über mentale Gesundheit und Kinderschutz bis hin zu geflüchteten Kindern, ökologischen Kinderrechten und der längst überfälligen Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz.

Die Stellungnahme wurde allen Kandidat:innen der demokratischen Parteien zugesandt. Dass sich Vertreter:innen aller angeschriebenen Parteien zurückmeldden, zeigt: Kinderrechte sind politisch relevant und anschlussfähig. Zugleich wurde deutlich, wie viele Politikbereiche direkte Auswirkungen auf Kinder haben, ohne dass dabei Kinderrechte ausreichend Berücksichtigung finden. Hier setzen das Netzwerk Kinderrechte und seine Mitglieder im weiteren Follow-up-Prozess an.

Eurochild Flagship Report 2025: Deutschlandkapitel

Im Rahmen des Eurochild Flagship Reports 2025 erarbeiteten das Netzwerk Kinderrechte gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ), dem Deutschen Kinderhilfswerk und der Bertelsmann Stiftung das Deutschlandkapitel.

Der Bericht zeigt strukturelle Defizite in zentralen Bereichen: Kinderrechte werden nicht als Querschnittsthema systematisch einbezogen, Qualifizierungsangebote für Fachkräfte sind freiwillig, fragmentiert und zwischen den Bundesländern inkonsistent, und eine kohärente Strategie zur Beteiligung benachteiligter Kinder an Entscheidungen, die sie betreffen, fehlt. Kinderarmut bleibt ein strukturelles Problem: Fast jedes vierte Kind in Deutschland ist von Armut bedroht, Tendenz steigend.

Darüber hinaus benennt der Bericht konkrete Rückschritte: Die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte gefährdet das Kindeswohl durch langanhaltende Familientrennungen. Zivilgesellschaftliche Organisationen geraten durch politisch

motivierte Anfragen und Desinformationskampagnen zunehmend unter Druck. Darüber hinaus werden Kinderrechte in der politischen Debatte zunehmend als ideologisch statt als universell dargestellt.

Positiv hervorgehoben werden die Ausweitung früher Hilfen, das Programm „Demokratie leben!“ [Stand August 2025] sowie Fortschritte bei der frühkindlichen Bildung. Wichtig bleibt: Deutschland muss die Kinderrechte ins Grundgesetz aufnehmen und zivilgesellschaftliche Organisationen stärken, statt sie unter Druck zu setzen.

“Germany should reject political narratives that view civil society as adversarial – especially given its vital role in democracy, protecting children’s rights, delivering social services, and fulfilling human rights obligations. Instead, policymakers must value civil society, and ensure stable, independent funding – particularly for actors working with children and in social services. It is also time to incorporate children’s rights into the German constitution in line with the United Nations Convention on the Rights of the Child.”

Eurochild, 2025

Anti-Rechte-Diskurs – Fachveranstaltung: „Kinderrechte verteidigen! Europäische Strategien gegen rechtspopulistische und rechtsextremistische Narrative und Angriffe auf die Zivilgesellschaft“

Am 27. November 2025 luden das Netzwerk Kinderrechte und die AGJ zu einer gemeinsamen Fachveranstaltung ein. Das gewählte Thema stieß auf großes Interesse und machte den Bedarf für einen Austausch in der Fachöffentlichkeit im Hinblick auf Strategien im Umgang mit dem Anti-Rechte-Diskurs in Deutschland deutlich. Rund 100 Teilnehmende aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Politik konnten mit dieser Veranstaltung erreicht werden.

Die Veranstaltung beleuchtete eine besorgniserregende Entwicklung: Rechtsextreme und rechtspopulistische Akteur:innen instrumentalisieren zunehmend Kinderschutzthemen, um diskriminierende Narrative gesellschaftsfähig zu machen. Sie stellen Elternrechte gegen Kinderrechte, delegitimieren Beteiligungs- und Selbstbestimmungsrechte von Kindern und setzen

zivilgesellschaftliche Organisationen durch parlamentarische Anfragen, Desinformationskampagnen und gezielte Angriffe unter Druck. Betroffen sind nicht nur Organisationen, sondern auch Kinder selbst: Kinder und Jugendliche, die öffentlich für ihre Rechte eintreten, werden unterbrochen, verspottet oder bedroht.

Bei der Veranstaltung wurde deutlich, welche destruktiven Folgen die Schwächung demokratischer Strukturen und der Zivilgesellschaft hat und welche Strategien zur Stärkung von Kinderrechten und Zivilgesellschaft gemeinsam (weiter)verfolgt werden müssen. Hierzu zählen die Sichtbarmachung von Solidarität, die Schaffung einer Gegenöffentlichkeit sowie eine sorgfältige Dokumentation und Überwachung von Angriffen. Schutzräume für junge Menschen und engagierte zivilgesellschaftliche Akteur:innen sind ebenso zentral, wobei eine ausreichende finanzielle Förderung entscheidend für ihre Handlungsfähigkeit ist. Mieke Schuurman, Eurochild, machte deutlich, dass diese Entwicklungen nicht nur in Deutschland wirken, sondern sich europaweit ausbreiten und die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in vielen

“
*In Europe we also see **increasing attacks on democracy, shrinking civil society space, and an unprecedented backlash against universal human rights, including children's rights.** (...) In Europe we also see that non-state groups as well as states have been leading **conservative initiatives and attacks on children's rights, both at the national and European level. They are gathered under the banner of advocacy for the protection of the family and traditional values.** (...) It argues that focusing on children's autonomy undermines parental rights and family integrity.”*
“
Mieke Schuurman,
Eurochild

Ländern bedrohen. H.E. Marie-Louise Coleiro Preca, frühere Präsidentin von Malta, fasste zusammen: Europa befinde sich nicht mehr auf einem Weg kontinuierlicher Verbesserung bei der Umsetzung der Kinderrechte, stattdessen sind deutliche Rückschritte zu beobachten. Als Antwort darauf verwies sie auf das Vorhaben der Europäischen Kommission, eine Europäische Beobachtungsstelle für Kinderrechte einzurichten.

Die Veranstaltung mündete in klare Schlussfolgerungen: Wirksame Verteidigung von Kinderrechten erfordert rechtliche Instrumente, institutionelle Unterstützung, transnationale Vernetzung, ausreichende Finanzierung der Zivilgesellschaft und die aktive Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

Perspektive

- Die Arbeit des Jahres 2025 hat das Netzwerk Kinderrechte auf die kommenden Herausforderungen vorbereitet. Im Jahr 2026 stehen zwei Schwerpunkte im Mittelpunkt.

(1) Die Vorbereitung auf das nächste Staatenberichtsverfahren wird intensiviert. Im Rahmen dessen soll ein Prozess finalisiert werden, der sicherstellt, dass die Eingabe zur List of Issues Prior to Reporting partizipativ erarbeitet wird und eine breite, fachlich fundierte zivilgesellschaftliche Perspektive in das internationale Verfahren eingebracht werden kann. Parallel dazu beginnt die systematische Sammlung und Strukturierung relevanter Themen für die LOIPR.

(2) Da der genaue Zeitplan des Verfahrens weiterhin ungewiss ist, wird gemeinsam mit

Kindern und Jugendlichen eine Strategie entwickelt, um ihre wirkungsvolle Partizipation sicherzustellen, und flexibel auf diesen schwer kalkulierbaren Prozess reagieren zu können.

- Gemeinsam mit der Monitoring-Stelle UN-KRK des Deutschen Instituts für Menschenrechte sind zwei Follow-up-Veranstaltungen geplant: Im Mai stehen die Betroffenenrechte im Fokus und im September die Kinder- und Jugendbeteiligung im Berichtsverfahren.

- Die inhaltliche Arbeit wird durch die Arbeitsgruppe Kinderrechtspolitik gestärkt. Sie bündelt übergreifende strategische Themen, behält aktuelle Entwicklungen im Blick und verbessert den Wissenstransfer unter den Mitgliedern. Das Netzwerk Kinderrechte erarbeitet weiterhin gemeinsame Positionen zu zentralen kinderrechtlichen Herausforderungen.



Diskussionsbeitrag
während der Mitglieder-
versammlung 2025

ZIEL 2

Stärkung des zivilgesellschaftlichen Netzwerks

Die Verwirklichung der Kinderrechte für alle Kinder in Deutschland braucht viele starke Stimmen – und eine, die sie bündelt. Das Netzwerk Kinderrechte (NC) verbindet über 110 Mitgliedsorganisationen. Die NC vernetzt, koordiniert und stärkt durch die Bündelung der Expertise ihrer Mitglieder die gemeinsame Stimme der Kinderrechtszivilgesellschaft in Deutschland. In Themennetzwerken und Arbeitsgruppen arbeiten die Mitgliedsorganisationen kontinuierlich zusammen, tauschen Wissen aus und entwickeln gemeinsame Positionen. Darüber hinaus fördert die NC den Diskurs mit Verantwortungsträger:innen in Politik und Gesellschaft und arbeitet eng mit weiteren deutschen, europäischen und internationalen Netzwerken und Organisationen zusammen.

Themennetzwerk Bildung

Das Themennetzwerk Bildung traf sich im Jahr 2025 dreimal. Im März analysierten die Mitglieder gemeinsam die bildungsspezifischen Rechte von Kindern und Jugendlichen im Koalitionsvertrag und stellten fest: Kinderrechte kommen darin nur unzureichend vor, Kinder und Jugendliche als eigenständige Rechtsträger:innen werden kaum benannt. Die Mitglieder stellten zudem ihre Aktivitäten rund um die Bundestagswahl vor.

Im Mai präsentierten Dr. David Rott und Dr. Daniel Bertels von der Universität Münster die von der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlichten Handlungsempfehlungen für eine kinderrechtsbasierte Gestaltung von Schule und Unterricht. Das Themennetzwerk hatte die Entstehung des Gutachtens im Vorjahr fachlich begleitet. Eine zentrale Botschaft: Schule ist nicht nur Lernort, sondern auch demokratischer Erfahrungsraum. Gerade in Zeiten, in denen Kinder gesellschaftliche Krisen als Dauerzustand erleben, schützt die frühzeitige Erfahrung eigener Rechte und konkreter Mitsprachemöglichkeiten vor der Entwicklung antidemokratischer Haltungen.

Im Oktober stellte Marc Köster das Projekt „Frühe Demokratiebildung: Kinder beteiligen, Vielfalt gestalten“ vor. Das vom Bundesverband für Kindertagespflege und dem Paritätischen Gesamtverband umgesetzte und durch das BMBFSFJ geförderte Projekt bietet pädagogisch Tätigen unter www.fruehe-demokratiebildung.de kostenlose Online-Kurse zu Themen wie Partizipation, Kinderrechte und Beschwerdewerfahren. Die stark frequentierten Praxis-Dialoge zeigen: Der Bedarf an praxisnaher Unterstützung für Fachkräfte ist groß.



Themennetzwerk Flucht

Das Themennetzwerk Flucht traf sich im Jahr 2025 dreimal. Im Frühjahr analysierten die Mitglieder gemeinsam die fluchtspezifischen Vorhaben der neuen Bundesregierung und ihre Konsequenzen für die Rechte von Kindern und Jugendlichen. Die identifizierten kinderrechtlichen Lücken wurden in Bezug gesetzt zu den Abschließenden Bemerkungen des UN-Ausschusses, den Forderungen aus dem Zwischenbericht und der Stellungnahme des Netzwerks Kinderrechte zur Bundestagswahl. Die geplanten Verschärfungen im Bereich Flucht und Migration wurden mit großer Sorge betrachtet.

Das Themennetzwerk bewies in diesem Jahr seine politische Handlungsfähigkeit: Viele Mitgliedsorganisationen brachten aus dem Netzwerk heraus eigene Stellungnahmen und Positionen in den Gesetzgebungsprozess zur Aussetzung des Familiennachzugs ein. Parallel dazu erarbeitete das Netzwerk Kinderrechte ein Positionspapier zum Familiennachzug, das im Themennetzwerk diskutiert und auf der Mitgliederversammlung 2025 vorgestellt wurde. Das Papier wird gemeinsam mit weiteren Stellungnahmen als Grundlage für die zivilgesellschaftlichen Beiträge im kommenden UN-Berichtsverfahren genutzt.

Themennetzwerk Klima

Das Themennetzwerk Klima traf sich im Jahr 2025 viermal. Die Mitglieder werteten gemeinsam den Koalitionsvertrag aus kinderrechtlicher Perspektive aus und bauten den Austausch mit Umweltverbänden gezielt aus, um kinderrechtliche Themen stärker in der Umweltbewegung zu verankern. Im Frühjahr fand ein Austausch mit dem Unabhängigen Institut für Umweltfragen statt, das als Partner im EU-Projekt ENRICH (Environment, Rights, Children) aktiv ist. Das Projekt zielt darauf ab, das Bewusstsein für die Überschneidung von Umwelt- und Klimakrise und Kinderrechten zu schärfen und die Beteiligung von Kindern in Umweltentscheidungen konkret zu stärken.

Ein zentrales Ergebnis des Jahres war die Erarbeitung eines gemeinsamen Positionspapiers anlässlich der COP30 in Brasilien. Unter dem Titel „Kinderrechte in

der internationalen Klimapolitik stärken“ formulierten mehrere Mitgliedsorganisationen aus dem Themennetzwerk gemeinsam fünf Forderungen an die Bundesregierung: Nationale Klimaschutzbeiträge und Anpassungsstrategien sollen kinderrechtsbasiert ausgestaltet werden, Kinder und Jugendliche müssen systematisch an klimapolitischen Entscheidungen beteiligt werden, ein verbindlicher Anteil der Klimafinanzierung soll gezielt Kindern zugutekommen, Verluste und Schäden für Kinder müssen kompensiert werden, und Kinderrechte im Kontext klimabedingter Migration müssen konsequent berücksichtigt werden. Das Papier wurde vor der COP veröffentlicht und an politische Entscheidungsträger:innen versandt. Begleitet wurde es von einer koordinierten Social-Media-Kampagne.

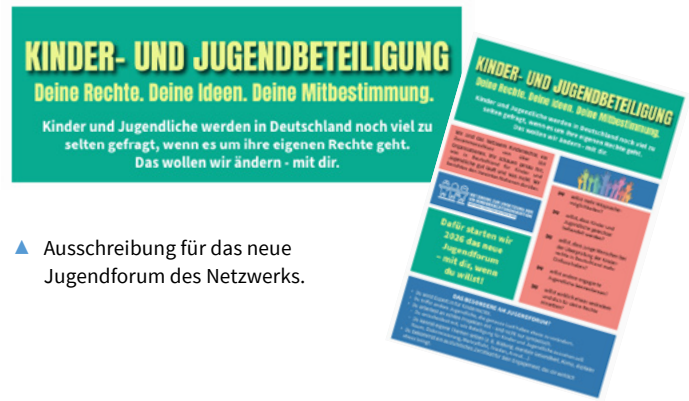
Das Themennetzwerk hat damit gezeigt, was durch gemeinsame inhaltliche Arbeit im Netzwerk erreicht werden kann: Ein Thema, das viele Mitgliedsorganisationen bewegt, wurde in eine klare, gemeinsame politische Stimme übersetzt und in den internationalen Klimadialog eingebracht.

Kinder- und Jugendbeteiligung: Partizipativ von Beginn an

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Verwirklichung ihrer Rechte gehört zu den zentralen Satzungszielen des Netzwerks Kinderrechte. Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention, das Recht auf Gehör, ist dabei nicht nur eine Forderung an Politik und Verwaltung, sondern auch ein Anspruch, dem das Netzwerk in seiner eigenen Arbeit gerecht werden will.

Die Zivilgesellschaft in Deutschland verfolgt Kinder- und Jugendbeteiligung engagiert und in unterschiedlichen Formaten. Viele Mitgliedsorganisationen haben überzeugende Ansätze entwickelt. Gleichzeitig treten organisationsübergreifend ähnliche strukturelle Herausforderungen immer wieder auf: Anspruch, Umfang und Wirkung der Beteiligung unterscheiden sich erheblich, und eine systematische, strukturell verankerte Umsetzung von Artikel 12 ist gesellschaftlich wie politisch noch nicht erreicht.

Um hier gemeinsam voranzukommen, hat der Erweiterte Vorstand am 30. Juni 2025 eine Drei-Säulen-Strategie für die Kinder- und Jugendbeteiligung der National Coalition beschlossen. Sie umfasst die



▲ Ausschreibung für das neue Jugendforum des Netzwerks.

Einrichtung eines Jugendforums ab 12 Jahren zur kontinuierlichen Beteiligung am Monitoring und an Follow-up-Prozessen, den Aufbau erweiterter Beteiligungsformate im Vorfeld der Staatenüberprüfung für Kinder und Jugendliche unterschiedlicher Altersgruppen und Lebensrealitäten sowie einen regelmäßigen fachlichen Austausch innerhalb des Netzwerks zur gemeinsamen Bearbeitung von Herausforderungen und zum Transfer von Good Practice.

Noch im Jahr 2025 wurden die ersten konkreten Schritte umgesetzt: Die Ausschreibung für das Kinder- und Jugendforum wurde veröffentlicht und das Kick-off-Treffen in Präsenz geplant und vorbereitet. Die teilnehmenden Kinder und Jugendlichen werden im Jahr 2026 gemeinsam ein Konzept entwickeln, das eine kontinuierliche Beteiligung am gesamten UN-Staatenberichtsverfahren ermöglicht. Damit sorgt das Netzwerk Kinderrechte dafür, dass auch die Entstehung eines Beteiligungskonzepts bereits partizipativ gestaltet wird.

Auch das Interesse am Austausch innerhalb des Netzwerks ist groß: 21 Mitgliedsorganisationen haben sich bereits an den Vernetzungsaktivitäten beteiligt, die NC bei der Gründung des Jugendforums beraten und begleitet und weiteren Bedarf für thematischen Austausch angemeldet. Ein erster Fachaustausch mit Input der Monitoring-Stelle UN-KRK des Deutschen Instituts für Menschenrechte wurde von den Teilnehmenden als besonders gewinnbringend bewertet. Die Teilnehmenden wünschen sich eine Verstärkung des Formats mit vier Treffen pro Jahr.

Die Ziele sind klar: Beteiligung als lernende, reflektierte und wirksame Praxis in der Zivilgesellschaft zu verankern, Kinder und Jugendliche systematisch an der Überprüfung der Verwirklichung ihrer eigenen Rechte wirkungsvoll teilhaben zu lassen und Kinderrechte als Grundlage demokratischer Teilhabe erlebbar zu machen.

Deutsche Netzwerke

Das Netzwerk Kinderrechte bringt die kinderrechtliche Perspektive in zahlreiche zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse, Gremien und Bündnisse ein und stärkt so den fachlichen und politischen Austausch über das eigene Netzwerk hinaus.

Forum Menschenrechte

Das Netzwerk Kinderrechte ist Mitglied im Forum Menschenrechte und bringt dort die kinderrechtliche Perspektive in den menschenrechtspolitischen Diskurs ein. Ein Schwerpunkt im Jahr 2025 war die Berücksichtigung der Kinderrechte in der deutschen Außenpolitik. Gemeinsam mit der Kindernothilfe und Terre des Hommes erarbeitete das Netzwerk Kinderrechte eines der Aide-Mémoires, die am 19. November 2025 im Rahmen eines Gesprächs mit dem Außenminister Dr. Johann Wadephul und dem Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, Lars Castelluci, übergeben wurden. Das Netzwerk Kinderrechte widmete sich dabei dem Querschnittsthema Deutschlands Verantwortung für Kinderrechte in der Außenpolitik.

Das Aide-Mémoire benennt vier zentrale Herausforderungen: den unzureichenden Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten, fehlende Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in internationalen Prozessen, den mangelnden Schutz junger Kinderrechtsverteidiger:innen sowie die chronische Unterfinanzierung des UN-Kinderrechtsschutzsystems. Mit Blick auf die Finanzkrise der Vereinten Nationen

fordert das Aide-Mémoire die Bundesregierung auf, den UN-Kinderrechtsausschuss durch freiwillige Beiträge zu stärken, damit dieser seinem Mandat nachkommen kann. Zudem wird die Bundesregierung aufgefordert, Kinderrechte als gesamtstaatliche Aufgabe zu verstehen und die Empfehlungen des UN-Kinderrechtsausschusses konsequent in der Außenpolitik umzusetzen.

An dem Treffen, an dem auch das Netzwerk Kinderrechte teilnahm, machten 37 Vertreter:innen zivilgesellschaftlicher Organisationen deutlich: Der Schutz der Menschenrechte und die Durchsetzung des Völkerrechts sind ein ureigenes Interesse Deutschlands und müssen es auch bleiben. Thematisiert wurden unter anderem die Kandidatur Deutschlands für den UN-Sicherheitsrat und den UN-Menschenrechtsrat, drohende Kürzungen im UN-Menschenrechtssystem sowie der Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen vor transnationaler Repression.

CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung

Seit 2015 ist das Netzwerk Kinderrechte ordentliches Mitglied im CorA-Netzwerk, in dem zivilgesellschaftliche Organisationen gemeinsam für verbindliche Unternehmensverantwortung eintreten. Die Frage unternehmerischer Verantwortung bleibt auch aus kinderrechtlicher Perspektive zentral, wie die aktuelle politische Debatte um das Lieferkettengesetz zeigt: Dessen Anwendung wurde in Teilen ausgesetzt, und das Gesetz wird grundlegend überprüft. Bestehende Verpflichtungen zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht könnten damit geschwächt werden, was un-

mittelbare Folgen für den Schutz von Kinderrechten in globalen Lieferketten hätte. Diese Entwicklung hat den Erweiterten Vorstand (EV) dazu veranlasst, die Zusammenarbeit mit diesem Bündnis wieder zu verstärken. Antje Monshausen und Frank Mischo aus dem EV vertreten künftig die kinderrechtlichen Anliegen des Netzwerks Kinderrechte im CorA-Netzwerk.



◀ Übergabe der Aide-Mémoires am 19.11.2025

Bündnis für eine demokratische Gesellschaft



Das Netzwerk Kinderrechte ist Partner im Bündnis Bildung für eine Demokratische Gesellschaft und in der Steuerungsgruppe vertreten. Das Bündnis setzt sich dafür ein, demokratische Bildung langfristig, nachhaltig und flächendeckend in Bildungseinrichtungen, der Politik, der Bildungsverwaltung und der Öffentlichkeit zu verankern.

Im Jahr 2025 plante die Steuerungsgruppe die Bündiskonferenz 2026, die am 26. März 2026 unter dem Titel „Wie politisch muss Bildung sein?!“ stattgefunden hat. Das Thema traf einen wunden Punkt: Zivilgesellschaftliche Akteur:innen und pädagogische Fachkräfte, die sich für demokratische Teilhabe einsetzen, sehen sich zunehmenden gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen gegenüber. Ihre Arbeit wird mancherorts in Frage gestellt, während gleichzeitig die Anforderungen an demokratische Bildung steigen. Die Konferenz brachte Partnerorganisationen zusammen, um Netzwerke zu stärken, Wissen zu teilen und gemeinsam Strategien zu entwickeln.

Bündnis Zusammen für Demokratie

Seit 2025 ist das Netzwerk Kinderrechte Teil des Bündnisses „Zusammen für Demokratie“, einem Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Verbände und Einrichtungen, die sich gemeinsam für den Schutz der Demokratie, der unteilbaren Menschenrechte und einer vielfältigen, offenen Gesellschaft einsetzen. Das Bündnis stellt sich entschieden gegen Angriffe der extremen Rechten auf demokratische Grundwerte sowie gegen jegliche Form von Diskriminierung.

Im Jahr 2025 nutzte das Netzwerk Kinderrechte diesen Zusammenschluss, um sich mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu den zunehmenden Angriffen und Diffamierungen gegen die Zivilgesellschaft – auch gegen Kinderrechtsorganisationen und Jugendverbände – zu vernetzen und den Umgang mit Angriffen von rechts auf die Mitgliedsorganisationen gemeinsam abzustimmen.

Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

Die AGJ ist einer der zentralen Akteure der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Die Zusammenarbeit mit

ihr ermöglicht es dem Netzwerk Kinderrechte, kinderrechtliche Anliegen dort einzubringen, wo sozialpolitische Fragen verhandelt werden. Sven Stumpf, Sprecher des Netzwerks Kinderrechte, nimmt als Gast an den Vorstandssitzungen der AGJ teil. Kirsten Schweder bringt die kinderrechtliche Perspektive in den Fachausschuss „Kindheit, Kinderrechte und Familienpolitik“ ein. Außerdem findet ein regelmäßiger Austausch auf Geschäftsstellenebene zwischen AGJ und NC statt. Als Partnernetzwerke der europäischen Kinderrechtsorganisation Eurochild arbeiten die AGJ und die NC eng zusammen.

Deutsches Institut für Menschenrechte

Die Monitoring-Stelle UN-Kinderrechtskonvention am Deutschen Institut für Menschenrechte (DIMR) ist eine wichtige Partnerin des Netzwerks Kinderrechte. Die enge Zusammenarbeit und regelmäßige Abstimmung ermöglichen es beiden Seiten, zivilgesellschaftliche und unabhängige Perspektiven auf die Umsetzung der Kinderrechte in Deutschland zusammenzuführen und gemeinsame Veranstaltungen zu zentralen Entwicklungen und kinderrechtlichen Herausforderungen durchzuführen. Die Geschäftsstellen pflegen einen regelmäßigen Austausch: Alexia Knappmann, Geschäftsstellenleiterin, nahm an der Mitgliederversammlung des DIMR teil und Sophie Funke, wissenschaftliche Referentin der Monitoring-Stelle, nimmt als ständiger Gast an den Sitzungen des Erweiterten Vorstands der NC teil.

Ausschuss zur Umsetzung des Nationalen Aktionsplans „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“ (NAP-Ausschuss)

Seit 2023 ist das Netzwerk Kinderrechte im NAP-Ausschuss vertreten, seit 2025 durch seinen Sprecher Sven Stumpf. Der Ausschuss begleitet die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans bis 2030 und setzt sich für eine verbesserte Teilhabe und Chancengleichheit von Kindern ein.

Im November 2025 nahm Sven Stumpf an der Ausschusssitzung teil. Im Mittelpunkt standen die Stärkung kommunaler Präventionsketten sowie die Schließung von Datenlücken in zentralen Politikfeldern. In der Auftaktdiskussion, die an den Schwerpunkt des letzten NAP-Berichts zur kommunalen Armutsprävention anknüpfte, wurde deutlich: Kommunale Präventionsketten und Frühe Hilfen sind zentrale Bausteine, um



Familien frühzeitig zu erreichen und Kinder wirksam zu unterstützen. Gleichzeitig bleibt die langfristige Finanzierung solcher präventiver Strukturen für viele Kommunen eine Herausforderung.

In der Sitzung wurde zudem die parlamentarische Staatssekretärin Mareike Wulf als Kinderbeauftragte der Bundesregierung vorgestellt. Sie soll eine koordinierende Rolle im Rahmen des Nationalen Aktionsplans übernehmen. [Anmerkung: Im Februar 2026 bestätigte der Kabinettsausschuss sie offiziell unter dem Titel Kinderchancen-Koordinatorin.] Besonders eindrucksvoll war die Beteiligung des NAP-Jugendteams. Die Beiträge der jungen Menschen machten deutlich, wie wertvoll es ist, wenn politische Diskussionen durch eigene Erfahrungen ergänzt werden. Vertrauen in die Demokratie und in die eigenen Fähigkeiten entsteht, wenn junge Menschen erleben, dass ihre Perspektiven gehört werden und sie Wirksamkeit erfahren. In den Arbeitsgruppen zu Datenlücken konnte das Netzwerk Kinderrechte auf mehrere besonders belastete Gruppen aufmerksam machen. So werden Kinder und Jugendliche in stationären Einrichtungen der Jugendhilfe sowie Kinder mit Fluchterfahrung bislang kaum systematisch zu ihrer psychischen Gesundheit befragt. Die Diskussionen machten deutlich, wie wichtig eine bessere Datenbasis, frühe Unterstützung und die Einbindung der Erfahrungen junger Menschen sind, um politische Maßnahmen wirksam an den Lebenslagen von Kindern auszurichten. Als Thema für den nächsten Bericht wurde Integration benannt, bei dem Selbstwirksamkeit und Partizipation ebenfalls eine zentrale Rolle spielen.

▲ Der Beirat des Der Beirat der Bundeszentrale für Kinder und Jugendmedienschutz, Quelle © Bundesfoto/Ole Heinrich

Vertretung des Netzwerks Kinderrechte im Beirat der Bundeszentrale für Kinder und Jugendmedienschutz (BzKJ)

Auf Grundlage von § 17b des Jugendschutzgesetzes wurde das Netzwerk Kinderrechte im Jahr 2021 als eines von zwölf Mitgliedern in den Beirat der Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz berufen, unter der Maßgabe der Benennung eines ordentlichen sowie eines stellvertretenden Mitglieds unter Berücksichtigung der Gender-Mainstreaming-Vorgaben des Bundes. Seit Frühjahr 2025 vertreten nach Beschluss des Erweiterten Vorstands Torsten Krause, Stiftung Digitale Chancen, als ordentliches und Antje Monshausen, ECPAT Deutschland, als stellvertretendes Mitglied die kinderrechtlichen Interessen im Beirat der BzKJ.

Der Beirat kam im Jahr 2025 zu zwei zweitägigen Sitzungen in Berlin und Bonn zusammen. Die erste Sitzung des neuen Beirates in seiner zweiten Legislatur war dabei der Konstituierung gewidmet, eröffnete Raum zum offiziellen gegenseitigen Kennenlernen sowie zur Vorstellung der BzKJ. Damit einher gingen Beratungen zur Geschäftsordnung und zum Schutzkonzept sowie die Vorstellung der Kommunikationsstrategie der BzKJ. In der zweiten Sitzung wurden die Themen sexualisierte Gewalt und Belästigung im digitalen Umfeld, jugendschutzrechtliche Gefahren durch KI-Filter sowie der Ausbau von Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen bei der BzKJ erörtert.

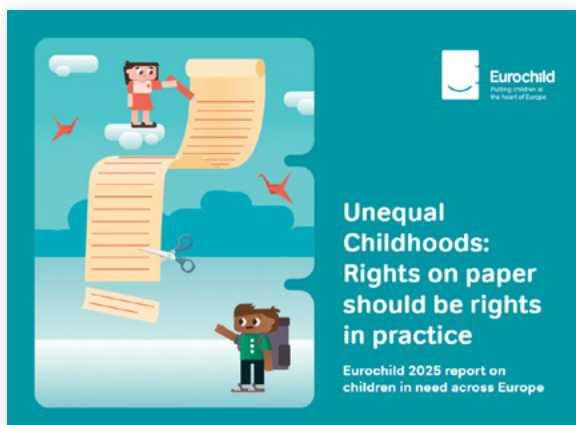
Internationale Netzwerke

D-A-CH-Austausch

Der regelmäßige Austausch mit der National Coalition Österreich und der National Coalition Schweiz wurde 2025 mit einem digitalen Treffen fortgesetzt. Die drei deutschsprachigen Netzwerke tauschten sich über ihre jeweiligen Arbeitsschwerpunkte aus und stellten dabei fest: Die kinderrechtlichen Herausforderungen ähneln sich trotz unterschiedlicher föderaler Strukturen und Verfahrensstände stark. In allen drei Ländern stehen Themen wie Flucht und Migration, Bildung, Kinderarmut und die zunehmenden Angriffe auf zivilgesellschaftliche Organisationen und Kinderrechte durch rechtspopulistische Akteur:innen auf der Agenda.

Ein Schwerpunkt des Treffens war die Frage, wie Kinder und Jugendliche sinnvoll in das kommende LOIPR-Verfahren eingebunden werden können. Die NC Schweiz, die das Verfahren bereits durchlaufen hat, teilte dabei wertvolle Erfahrungen: Ein Partizipationsprojekt, das eigens für die Eingabe zum LOIPR-Verfahren entwickelt wurde, fand aufgrund von Verzögerungen auf UN-Ebene zunächst keine Adressaten. Diese Erfahrung hat den Blick dafür geschärft, wie wichtig es ist, Kinder- und Jugendbeteiligung nicht nur im UN-Prozess, sondern auch auf nationaler Ebene sicherzustellen und die Perspektive junger Menschen dort strukturiert und systematisch einzubeziehen.

Für 2026 ist ein vertiefter Austausch zu Partizipationsstrategien geplant, wobei der Austausch mit Gästen aus Ländern mit langer Tradition institutioneller Kinderbeteiligung wie Schottland oder Irland angestrebt wird.



Eurochild

Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe ist das Netzwerk Kinderrechte National Partner Network von Eurochild. Beide tragen jährlich zum Eurochild-Flagship-Report bei. Der Report 2025 „Unequal Childhoods: Rights on paper should be rights in practice“ nimmt die Rechte und Lebenssituationen von Kindern und jungen Menschen bis 18 Jahren in der EU in den Blick. Er basiert auf Bewertungen von 84 Eurochild-Mitgliedern aus 36 Ländern.

„Trotz der in einigen Ländern erzielten Fortschritte sind Kinderarmut und soziale Ausgrenzung in Europa nach wie vor zu hoch. Der mangelnde Zugang zu grundlegender Unterstützung und anhaltende Diskriminierung beeinträchtigen weiterhin ohnehin bereits stark benachteiligte Kinder. Die europäischen Staats- und Regierungschefs müssen ihre Kräfte mit der Zivilgesellschaft bündeln, um die Rechte jedes Kindes in Europa und darüber hinaus zu schützen und zu fördern.“

Tanya Ward,
Präsidentin von Eurochild

Der Report zeigt: Die Umsetzung der Kinderrechte in Europa ist weiterhin durch erhebliche strukturelle Lücken geprägt. In den meisten Ländern fehlen systematische Qualifizierungsangebote für Fachkräfte und Entscheidungsträger:innen. Kinder erhalten unzureichende Informationen über ihre Rechte, und staatliche Maßnahmen bleiben hinter dem zurück, was zivilgesellschaftliche Organisationen leisten. Digitale Entwicklungen wie der Einsatz von KI, sexualisierte Gewalt im Netz und Cybermobbing stellen wachsende Risiken dar. Rechte und rechtsextreme Bewegungen gefährden in mehreren Staaten zunehmend die Rechte marginalisierter Gruppen, insbesondere von LGBTQI+-Jugendlichen sowie jungen Menschen mit Flucht- oder Migrationserfahrungen. Der Befund ist eindeutig: Es besteht erheblicher Handlungsbedarf, um Kindern in Europa ein sicheres und gerechtes Aufwachsen zu ermöglichen.

◀ Cover des Flagship-Reports von Eurochild

Neben der Mitwirkung am Flagship-Report engagiert sich das Netzwerk Kinderrechte bei Eurochild im Rahmen der Mitgliederversammlung sowie in Arbeitsgruppen zu Fragen der Finanzierung zivilgesellschaftlicher Arbeit und der transnationalen Stärkung kinderrechtlicher Netzwerke in Europa.

Die enge Zusammenarbeit zeigte sich auch in der gemeinsamen Fachveranstaltung mit der AGJ im November 2025, bei der Mieke Schuurman die europäische Perspektive auf Angriffe gegen Kinderrechte und Zivilgesellschaft einbrachte (siehe S. 10).

Child Rights Connect

Das Netzwerk Kinderrechte ist seit 2016 Mitglied bei Child Rights Connect, dem internationalen Zusammenschluss von National Coalitions und weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen, der seit 1983 eine zentrale Rolle bei der Entwicklung des internationalen Kinderrechtssystems spielt. Child Rights Connect verfügt über einen besonderen Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen und arbeitet eng mit dem

UN-Kinderrechtsausschuss zusammen. Die Mitgliedschaft ermöglicht dem Netzwerk Kinderrechte den Zugang zu internationalen Prozessen, den Austausch mit anderen National Coalitions weltweit und die Einbindung in Strategien zur Stärkung der zivilgesellschaftlichen Beteiligung am UN-Berichtsverfahren.

Digitale Zusammenarbeit im Netzwerk

Um die interne Zusammenarbeit zu verbessern, hat das Netzwerk Kinderrechte 2025 einen gemeinsamen digitalen Arbeitsbereich für die Mitglieder über Nextcloud eingerichtet. Vorstand, Geschäftsstelle, Themennetzwerke und Kampagnenteams finden dort gemeinsame Ordner, Dokumente und Arbeitsmaterialien sowie einen geteilten Kalender. Das klingt unspektakulär, macht aber einen echten Unterschied: Wer im Netzwerk mitarbeitet, findet jetzt alles, was er braucht, und kann einfacher gemeinsam an Dokumenten und Vorlagen arbeiten.

Perspektive

Die Arbeit im Jahr 2025 hat die Rolle des Netzwerks Kinderrechte als koordinierende Stimme der Kinderrechtszivilgesellschaft gestärkt. Im Jahr 2026 stehen die folgenden Schwerpunkte im Mittelpunkt.

- Die Themennetzwerke Bildung, Klima und Flucht setzen ihre inhaltliche Arbeit fort und bereiten gemeinsam mit der neuen Arbeitsgruppe Kinderrechtspolitik thematische Schwerpunkte für das kommende UN-Berichtsverfahren vor. Gemeinsame Positionen zu zentralen kinderrechtlichen Herausforderungen werden weiterentwickelt.
- Die Kinder- und Jugendbeteiligung wird strukturell ausgebaut. Das Jugendforum startet mit seinem ersten Präsenztreffen im Februar

2026 und entwickelt gemeinsam mit den teilnehmenden Kindern und Jugendlichen ein Konzept für eine langfristige Beteiligungsplattform ab 2027. Parallel wird der fachliche Austausch im Netzwerk zur Qualität und Wirkung von Beteiligungsarbeit in einem neuen Themennetzwerk Partizipation verstetigt.

- Die internationale Zusammenarbeit wird vertieft: Das Netzwerk Kinderrechte bringt die deutsche Perspektive in europäische kinderrechtspolitische Prozesse ein, stärkt den Austausch mit den National Coalitions aus Österreich und der Schweiz und trägt erneut zum deutschen Teil des Eurochild-Flagship-Reports bei. Der enge Kontakt zu Child Rights Connect und zum UN-Kinderrechtsausschuss ermöglicht es dem Netzwerk, schnell zu reagieren, sobald sich der Beginn der nächsten Staatenüberprüfung abzeichnet.



Jugendliche des Kinder- und Jugendforums des Netzwerks Kinderrechte

ZIEL 3

Bekanntmachung der UN-Kinderrechtskonvention

Artikel 42 der UN-Kinderrechtskonvention verpflichtet alle Vertragsstaaten, die Kinderrechte bei Erwachsenen, Jugendlichen und Kindern bekannt zu machen. Als zivilgesellschaftliches Netzwerk unterstützt das Netzwerk Kinderrechte Deutschland bei der Erfüllung dieser Pflicht: Mit seiner Öffentlichkeitsarbeit, Informationen zu Bildungsangeboten und Materialien sowie eigenen Publikationen trägt es dazu bei, dass Kinderrechte in Deutschland bekannter werden, verstanden werden und berücksichtigt werden.

Das Kinderrechte-Portal

Ausbau eigener Kinderbereich

Seit 2022 bündelt die Website www.kinderrechte-portal.de Bildungsmaterialien zur Kinderrechtebildung für pädagogische Fach- und Lehrkräfte. Die Materialien können nach Bildungsbereich, Medienart und kinderrechtlichen Themenfeldern gefiltert werden und eignen sich sowohl für die Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen als auch für die Kompetenzentwicklung von Fachkräften.

2025 besuchten monatlich bis zu 4.600 Menschen das Portal. Mit 381 neu eingestellten Materialien umfasst das Portal inzwischen über 1.500 Bildungsmaterialien, jeweils mehr als 500 in den Bereichen Frühkindliche Bildung, Grundschule, Weiterführende Schule, Kulturelle und außerschulische Bildung sowie Kinder- und Jugendhilfe. Für Lehrende an berufsbildenden Schulen und im Studium finden sich jeweils mehr als 250 Materialien, Fachtexte und Studien.

Um die Kinderrechtebildung in der Aus- und Fortbildung zu stärken, lag der Schwerpunkt im Jahr 2025 auf der Erreichung von Lehrenden an Hochschulen und Universitäten. Mit Vorträgen und Workshops wurden mehrere Veranstaltungen für Lehrende und Studierende im Lehramt und in der Sozialen Arbeit umgesetzt. Das Netzwerk Kinderrechte beteiligte sich an der Gründung der Fachgruppe Menschen- und Kinderrechte der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit und bot Workshops zum Portal und zu Möglichkeiten der Kooperation von Wissenschaft und Zivilgesellschaft an.

Das Kinderrechte-Portal wurde 2025 evaluiert, um Nutzungsgewohnheiten und Wünsche hinsichtlich

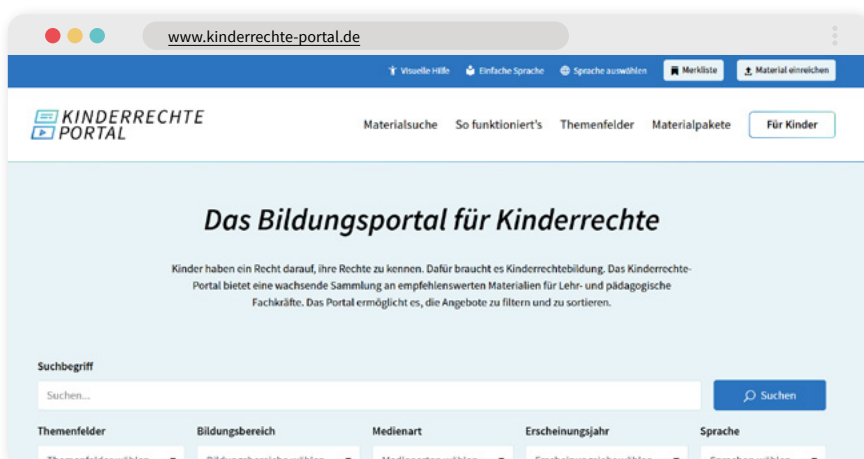
Funktionalität, Inhalten und Social Media zu erheben. Es nahmen mehr als 60 Personen aus den Mitgliedsorganisationen, dem Vorstand, dem Beirat und den Themennetzwerken teil. Zentrale Ergebnisse: mehr Inhalte zu Intersektionalität, Antidiskriminierung und Umsetzung der Kinderrechte, bessere Such- und Filteroptionen sowie mehr Sichtbarkeit auf Social Media durch geeignete Content-Reihen.

Mit einer Aufstockung aus Restmitteln des BMBFSFJ sowie einer Förderung der Aktion Mensch konnten 2025 verschiedene Neuerungen auf dem Kinderrechte-Portal umgesetzt werden: Es wurde ein Bereich für Kinder und junge Menschen eingerichtet, in dem sie Broschüren und Webseiten zu den Kinderrechten finden. Der Kinderbereich ist in Leichter Sprache verfasst, damit viele Kinder ihre Rechte kennenlernen und erfahren, wie sie sich beschweren können und wo sie Unterstützung finden, wenn ihre Rechte verletzt werden.

Im Zuge des Relaunches wurden außerdem verschiedene Komponenten zur Stärkung der barrierearmen Nutzbarkeit des Kinderrechte-Portals hinzugefügt: Das Design der Startseite hat ein Update erhalten, und mit dem Tool „Eye-Able“ können Kontraste und andere visuelle Hilfen an die eigenen Bedürfnisse angepasst werden. Des Weiteren gibt es nun die Möglichkeit, die Website in Einfache Sprache und weitere Sprachen übersetzen zu lassen. Zudem konnten Fehler in der Darstellung und Suche behoben werden.

Die erfolgreiche Content-Reihe der Materialsammlungen wurde 2025 weiter ausgebaut: Mit Sammlungen zu Themen wie „Kinderrechte und Demokratie“, „Kinderrechte sind Jugendrechte“ und „Kinderrechte im Internet“ wurden zum Teil mehr als 10.000 Menschen erreicht. Kollaborative Beiträge mit den Mitgliedsorganisationen vergrößerten die Reichweite und stärkten die Sichtbarkeit des Netzwerks. Neu hinzugekommen ist eine Artikelserie, die Lehrkräften und pädagogischen Fachkräften vermittelt, welche Kinderrechte bei einem bestimmten Thema relevant sind und wie diese mithilfe der Materialien in unterschiedlichen Bildungsettings vermittelt werden können.

Außerdem startete 2025 die Content-Reihe „Materialien zu jedem Kinderrecht“, die Kinderrechte erklärt und Hinweise zur Umsetzung im pädagogischen Alltag gibt.



◀ Startseite des Kinderrechte-Portals

#KinderrechteChampion

Entscheidungen im Bundestag haben direkte Auswirkungen auf das Leben von Kindern in Deutschland und weltweit. Trotz wesentlicher Fortschritte sind Kinderrechte in der Politik noch immer nicht ausreichend verankert und umgesetzt. Mit der Kampagne #KinderrechteChampion appelliert das Netzwerk Kinderrechte gemeinsam mit elf Mitgliedsorganisationen an Bundestagsabgeordnete, sich als KinderrechteChampion zu verpflichten und sich ausschuss- und fraktionsübergreifend für die Umsetzung der Kinderrechte einzusetzen.

Im Kontext der Bundestagswahl 2025 warb das Kampagnenteam aus Mitarbeitenden des Netzwerks Kinderrechte und elf Mitgliedsorganisationen aktiv unter

Kandidierenden aller demokratischen Parteien für die Kampagne. Mit einer Social-Media-Aktion und gezielten Anschreiben konnten 45 Bundestagsabgeordnete aus allen im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien gewonnen werden, die sich als KinderrechteChampions verpflichteten.

Am 9. Juli 2025 fand unter der Schirmherrschaft von Denise Loop (Bündnis 90/Die Grünen) und Derya Türk-Nachbaur (SPD) ein Parlamentarisches Frühstück zum Thema „Starke Politik für starke Kinder“ statt. Das Format diente als Auftakt und Briefing für die neuen Champions: Drei Impulse aus der Praxis zu Kinderarmut, Investitionen in Kinder sowie Klima- und Generationengerechtigkeit bildeten die Grundlage für einen offenen Austausch darüber, wie Abgeordnete ihr Mandat konkret für die Umsetzung der Kinderrechte nutzen können.

Veranstaltungen

Meet & Greet

Das Netzwerk Kinderrechte lädt regelmäßig Personen aus dem kinderrechtlichen Kontext zu einem einstündigen digitalen Austausch mit den

Mitgliedsorganisationen ein. Die eingeladenen Personen stellen sich und ihre Arbeit vor. Anschließend wird gemeinsam diskutiert, welche Synergien, Kooperationen oder gemeinsamen Aktivitäten möglich sind. Ausgewählte Meet & Greets werden aufgezeichnet und auf der Website veröffentlicht. 2025 fanden insgesamt acht Meet & Greets statt.

März	Elisabeth Schmidt-Hieber (SOS-Kinderdorf International) und Alina Döhring (SOS-Kinderdorf Deutschland)	„EU-Beteiligungsplattformen für Kinderrechte“
April	Jasmin-Marei Christen und Melissa Duraka (Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten)	„Von Schleim und Tütensuppe bis zum verwunschenen Strudelsee – Anregungen für die politische Bildung mit Kindern“
Juli	Lily Young (DKHW), Sabine Walper (DJI), Jan Braukmann (UNICEF) und Claudia Kittel (DIMR)	„Monitoring-Panel“
Juli	Tim Stegemann, Dr. Johanna Funck (Universität Bremen) und Dr. Markus Ciesielski (Universität Duisburg-Essen)	„Bildungszugang für geflüchtete Kinder und Jugendliche in den Bundesländern – Ergebnisse zweier aktueller Bestandsaufnahmen“
August	Jutta Croll und Torsten Krause (Stiftung Digitale Chancen)	„Sind Altersgrenzen in Social Media mit den Kinderrechten vereinbar?“
September	Jörg Lichtenberg (Kindernothilfe) und Dr. Stefanie Röhrs (Save the Children)	„Kinderrechtsansatz im Kinderschutz“
Dezember	Jan Braukmann (UNICEF), Dr. Alexandra Langmeyer und Dr. Thorsten Naap (Deutsches Jugendinstitut)	„UNICEF-Bericht 2025 – Eine Perspektive für jedes Kind“

Veranstaltungen, Workshops und Fortbildungen

Neben den Meet & Greets hat das Netzwerk Kinderrechte folgende Veranstaltungen organisiert, war als Kooperationspartner beteiligt oder hat partizipiert:

Februar	Bildungsreise der Hochschule Kehl nach Berlin	Vorstellung des Netzwerks und des Kinderrechte-Portals
Mai	Follow-up-Veranstaltung I mit der Monitoringstelle UN-KRK	„Abschließende Bemerkungen & Koalitionsvertrag – Welche kinderrechtlichen Pflichten werden angegangen?“
Mai	18. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag in Leipzig	„Weil es ums Ganze geht: Demokratie durch Teilhabe verwirklichen!“
Juni	Netzwerktreffen Menschenrechtsbildung des DIMR	Vorstellung von Bildungsmaterialien aus dem Projekt „Brücken bauen“ zur Entstehung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sowie Workshops zu unterschiedlichen Praxisfeldern der Menschenrechtsbildung
Juli	Parlamentarisches Frühstück der #KinderrechteChampion	„Starke Politik für starke Kinder“
September	Versammlung der Mitglieder in Berlin	Mitgliederversammlung 2025
September	Gründungstagung der Fachgruppe Kinder- und Menschenrechte in der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA) an der Hochschule Düsseldorf	Workshop des Netzwerks und Vorstellung des Kinderrechte-Portals
Oktober	Follow-up-Veranstaltung II mit der Monitoringstelle UN-KRK	„Wie läuft das vereinfachte Berichtsverfahren ab und wer kann sich wann und wie daran beteiligen? Wo sollten im nächsten Berichtsverfahren die thematischen Schwerpunkte liegen?“
November	Online-Seminar der HAW Landshut	Vorstellung des Netzwerks und des Kinderrechte-Portals
November	Fachtag der Hochschule Magdeburg-Stendal anlässlich des 20-jährigen Bestehens des Studiengangs „Angewandte Kindheitswissenschaften“	„Kindheit anders denken – Kinderrechte leben“
November	Online-Fachveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ und des Netzwerks Kinderrechte	„Kinderrechte verteidigen! Europäische Strategien gegen rechtspopulistische und rechtsextremistische Narrative und Angriffe auf die Zivilgesellschaft“
November	Jahresgespräch des Forums Menschenrechte mit Außenminister Dr. Johann Wadepuhl und dem Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, Lars Castellucci	Übergabe der Aide-Mémoires, darunter „Deutschlands Verantwortung für Kinderrechte in der Außenpolitik“ und Austausch zu menschenrechtspolitischen Themen

Online-kommunikation

Im Jahr 2025 wurden die Online-Kommunikationstools des Netzwerks Kinderrechte strategisch weiterentwickelt. Neue kanalspezifische Formate wurden entwickelt und kanalübergreifende Strategien erfolgreich umgesetzt, wodurch Reichweite, Sichtbarkeit und Interaktion weiter gestärkt werden konnten. Auf Grundlage einer Analyse von Reichweite, Zielgruppenstruktur und Interaktionsraten wurde die Social-Media-Präsenz neu ausgerichtet: Die Aktivitäten auf Facebook werden schrittweise eingestellt und die Ressourcen auf relevantere Kanäle konzentriert.

Newsletter

Der Newsletter des Netzwerks Kinderrechte wird von den Mitgliedsorganisationen als zentrale Informationsplattform genutzt. Er enthält relevante Informationen zu Kinderrechten, Veranstaltungen und Publikationen.

- Anzahl Newsletter: **11**
- Anzahl Empfänger:innen pro Newsletter: **806**
- Durchschnittliche Öffnungsrate 2025: **54,3%**



Instagram

Das Netzwerk Kinderrechte ist auf Instagram vertreten, das im Vergleich zu anderen Plattformen stärker von einer jüngeren Zielgruppe genutzt wird.

- Anzahl Follower:innen: **5.163** (+55%)
- Anzahl Beiträge: **143**
- Reichweite: **86.713**
- Aufrufe: **273.218**

LinkedIn

LinkedIn dient dem Netzwerk Kinderrechte vor allem der beruflichen und fachlichen Vernetzung.

- Anzahl Follower:innen: **3.699** (+32,3%)
- Anzahl Beiträge: **100**
- Individuelle Reichweite: **86.519**

(Stand 31. Dezember 2025)

Bundestagswahl 2025

WÄHLEN GEHEN FÜR DIE ZUKUNFT ALLER KINDER!

Kinder können (noch) nicht wählen, aber ihre Rechte müssen auf die politische Agenda!
#KinderrechteWählen
#DemokratieFürAlle

In 5 Tagen ist Bundestagswahl! Deine Stimme entscheidet mit über die Zukunft von Millionen Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Setze dich mit deiner Wahl für eine starke Demokratie, Vielfalt und die Rechte von Kindern ein!

Social-Media-Aktion zur Bundestagswahl

Anlässlich der Bundestagswahl konzipierte und veröffentlichte das Netzwerk Kinderrechte verschiedene Social-Media-Formate, um Kinderrechte im Wahlkontext sichtbar zu machen. Gemeinsam mit den Mitgliedsorganisationen wurde eine umfassende Materialsammlung zu kinderrechtlichen Themen zusammengestellt und gebündelt bereitgestellt. Ergänzt wurde dies durch die Stellungnahme zur Bundestagswahl, in der das Netzwerk eine klare kinderrechtliche Neuausrichtung der Politik forderte. Die Kampagne #KinderrechteChampion machte zudem sichtbar, dass sich 45 Abgeordnete aus allen im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien aktiv für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention einsetzen. So gelang es, im Umfeld der Bundestagswahl gezielt Aufmerksamkeit für Kinderrechte zu schaffen und einen öffentlichen Dialog über die Rechte und Bedürfnisse von Kindern anzustoßen.

Kinderrechte Aktuell

Seit September 2025 informiert die Social-Media-Reihe „Kinderrechte Aktuell“ regelmäßig über zentrale Entwicklungen rund um die Rechte von Kindern und Jugendlichen: Welche Themen prägen die Kinderrechte auf nationaler und europäischer Ebene? Welche politischen und rechtlichen Entwicklungen gibt es und was bedeuten sie konkret für Kinder und Jugendliche? Die Beiträge erscheinen auf Instagram und LinkedIn sowie



in vertiefender Form als Blogbeiträge. Das Format hat sich schnell etabliert und trägt dazu bei, aktuelle Entwicklungen einzuordnen und das Bewusstsein für Kinderrechte in Politik und Öffentlichkeit zu schärfen.

Publikationen und Stellungnahmen

Hörspiel: „Unsere Rechte, unsere Stimmen. Danas Zeitreise zu den Kinderrechten.“



Mit dem Hörspielprojekt verfolgten das Netzwerk Kinderrechte und das Produktionsteam von wamiki das Ziel, Kinderrechte aus der Perspektive von Kindern zu vermitteln. Die Grundidee: ein Format schaffen, in dem Kinder anderen Kindern Kinderrechte erklären.

Denn Kinderrechte werden dann besonders verständlich und glaubwürdig, wenn Kinder selbst aus ihrer Lebensrealität, ihren Erfahrungen und ihren eigenen Geschichten heraus erzählen.

Der Entstehungsprozess war von Anfang an partizipativ gestaltet. Gemeinsam mit rund 50 Kindern der Montessori-Schule Pankow und dem Kinder- und

Social-Media Begleitung des Hörspiels: „Unsere Rechte, unsere Stimmen. Danas Zeitreise zu den Kinderrechten.“

Anlässlich der Veröffentlichung des Hörspiels „Unsere Rechte, unsere Stimmen. Danas Reise zu den Kinderrechten“ begleitete das Netzwerk Kinderrechte den Entstehungsprozess aktiv in den sozialen Medien. Gemeinsam mit dem Produktionsteam von wamiki wurde ein Hörspiel entwickelt, in dem Kinder anderen Kindern Kinderrechte erklären. Kinder waren dabei an allen wesentlichen Schritten beteiligt: Sie entwickelten die Geschichten, gestalteten die Umsetzung mit und wirkten an den Aufnahmen mit. Durch die öffentliche Begleitung wurde nicht nur das fertige Hörspiel sichtbar, sondern vor allem auch die Beteiligung der Kinder selbst: Durch die öffentliche Begleitung wurde nicht nur das fertige Hörspiel sichtbar, sondern vor allem auch die Beteiligung der Kinder selbst. Es wurde deutlich, was es bedeutet, wenn Kinder wirklich mitgestalten und nicht nur dabei sein dürfen. So konnte die Bedeutung echter Kinderbeteiligung einem breiten Publikum vermittelt und die Reichweite des Projekts gesteigert werden.

Jugendrat der GU-Wolfgang-Heinz-Straße näherte sich das wamiki-Team dem Thema Kinderrechte schrittweise und kreativ. In Workshops stellten sich die Kinder Fragen wie: Was brauchst du für ein gutes Leben? Was ist ein gutes Leben für alle? Aus diesen Gesprächen entstand eine Sammlung von Bedürfnissen und Wünschen, die mit den Kinderrechten abgeglichen wurden: „Die Menschen sollen keine Kriege mehr führen. Ich wünsche mir, dass Menschen, die fliehen müssen, hierher fliehen können, um hier ein Zuhause finden zu können.“ „Die Umwelt soll sauber sein, die Meere sollen keinen Müll mehr enthalten.“

Kinderrechte wurden dabei als Gesellschaftsvertrag begriffen, in dem sich Menschen schon vor langer Zeit genau diese Fragen gestellt und ihre Antworten als Rechte festgeschrieben haben. In den Hörspieltagen lernten die Kinder, wie Stimmungen entstehen, wie Spannung aufgebaut wird und wie Geräusche Worte ersetzen können. Kinder im Alter von 7 bis 12 Jahren entwickelten und schrieben die Geschichten, überlegten gemeinsam die Umsetzung als Hörspiel, wählten Geräusche und Atmosphären aus und wirkten an den Aufnahmen mit. So entstand ein Hörspiel, das Kinderrechte hörbar und erlebbar macht, von Kindern für Kinder. „Sowohl die Kinder, die das Hörspiel gestaltet

haben, als auch die, die es später hören, merken sofort: Hey, das hat was mit mir zu tun!“, sagt Lydia Dimitrow, Sprecherin im Hörspiel (Rolle „Dana“).

Im Mittelpunkt der Geschichte steht die Figur Dana: Als sie abends in ihrem Bett ein Buch über die Erfinderin der Kinderrechte liest, geschieht etwas Unglaubliches. Ein leises Wusch – und sie findet sich im London des Jahres 1919 wieder. Dort trifft sie Eglantyne Jebb, die Vorkämpferin für die modernen Kinderrechte. Gemeinsam gehen sie durch die Straßen des damaligen Londons und durch Geschichten aus der Gegenwart, in denen Dana von Kindern von heute erzählt, von ihren Erfahrungen, Fragen und Kämpfen. Eglantyne Jebb ordnet dabei ein, was sie hört. So werden Kinderrechte nicht nur einzeln erklärt, sondern in Geschichten in ihrer Interdependenz greifbar. Die Gegenüberstellung von Eglantynes Realität 1919 und Danas Realität 2025 macht dabei deutlich: Kinderrechte sind zeitlos und haben nichts von ihrer Relevanz verloren.

Mira Maus entdeckt die Kinderrechte



aus ihrem Kita-Alltag zeigt, wie Kinderrechte Kinder jeden Tag begleiten.

Der Ansatz dahinter ist bewusst gewählt: Kinderrechte werden nicht erklärt, sondern erlebt. Solange Kinder ihre Rechte nicht mit dem eigenen Alltag verbinden können, bleibt das Wissen abstrakt. Deshalb erzählen die Tierfiguren in diesem Buch Geschichten, in denen Kinderrechte ganz selbstverständlich vorkommen. Die Themen sind dabei so gewählt, dass sie junge Kinder wirklich beschäftigen. Zu jeder Geschichte finden sich passende Kinderrechte sowie Impulse und Gesprächsanregungen, die Kinder dazu anregen, über das Gehörte nachzudenken und eigene Erfahrungen, Gedanken und Gefühle zu benennen. So spüren Kinder, dass ihre Stimmen wichtig sind und dass ihre Kinderrechte von Anfang an zu ihnen gehören.

Allgemeine Bemerkung Nr. 12 – Version für Kinder



Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention, das Recht auf Gehör, gehört zu den vier Grundprinzipien der Konvention. Es gilt überall dort, wo Kinder leben, lernen und aufwachsen. 2025 hat das Netzwerk Kinderrechte die Broschüre „Du hast das Recht gehört zu werden! Oder: Was die Vereinten Nationen über Deine Mitbestimmungsrechte sagen und warum das für Dich wichtig ist“ herausgegeben, eine Version der Allgemeinen Bemerkung Nr. 12 des UN-Kinderrechtsausschusses in Einfacher Sprache für Kinder und Jugendliche. Die Broschüre erklärt, was das Recht auf Mitbestimmung bedeutet, wo es gilt, was es manchmal schwierig macht und wie Kinder ihre Rechte einfordern können. Dabei waren Kinder nicht nur die Zielgruppe, sondern auch Teil des Entstehungsprozesses: Sie haben die Einfache Sprache der Broschüre gegengelesen und so sichergestellt, dass sie wirklich verständlich ist.

Allgemeine Bemerkung Nr. 14 – Version für Kinder

Artikel 3 der UN-Kinderrechtskonvention legt fest: Bei allen Entscheidungen, die Kinder betreffen, hat das Kindeswohl Vorrang. Was das konkret bedeutet, erklärt die Allgemeine Bemerkung Nr. 14 des UN-Kinderrechtsausschusses. Das Netzwerk Kinderrechte hat diese Ende 2025 in Einfacher Sprache speziell für Kinder und Jugendliche zusammengefasst. Die Broschüre „Dein Wohl hat Vorrang! Was die UN über Kinderrechte und Kindeswohl sagt und warum das für dich wichtig ist“ macht deutlich: Kinder sollen nicht nur geschützt werden, sondern auch mitreden, sich informieren und gefragt werden. Auch hier waren Jugendliche in den Entstehungsprozess involviert, haben den Text gegengelesen und auf Verständlichkeit geprüft.



Pressemitteilungen, offene Briefe und Artikel

28. Januar 2025

Für den Schutz der Rechte aller Kinder: Stellungnahme des Netzwerks Kinderrechte zu politischen Reaktionen auf die Gewalttat in Aschaffenburg

5. Februar 2025

Stellungnahme der National Coalition Deutschland – Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention zur Bundestagswahl 2025: Die UN-Kinderrechtskonvention als politischer Auftrag: Kinder stärken, Rechte sichern!

13. März 2025

Offener Brief: Der Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder in Deutschland eine hohe Priorität geben

7. Mai 2025

An die neue Bundesregierung: Appell für eine verantwortungsvolle Migrationspolitik

15. Mai 2025

Aufruf zum Internationalen Tag der Familie: Familien gehören zusammen!

20. Juni 2025

Für den Schutz der Rechte aller Kinder: Stellungnahme des Netzwerks Kinderrechte zu den Materialien „Mein Leitfaden zur Rückkehr“ der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex

26. Juni 2025

Ratschlag Kinderarmut: Bei Strukturreformen an Kinder und Jugendliche denken

9. September 2025

Positionierung des Netzwerks Kinderrechte Deutschland zu Altersgrenzen für die Nutzung von Social Media

15. Oktober 2025

Kinderrechte in der internationalen Klimapolitik stärken: Forderungen anlässlich der 30. Weltklimakonferenz



Perspektive

▪ Im Jahr 2026 legt das Netzwerk Kinderrechte bei der Bekanntmachung der UN-Kinderrechtskonvention einen stärkeren Fokus auf pädagogische Fachkräfte in der außerschulischen und kulturellen Bildung. Mitgliedsorganisationen und neue Partner:innen sollen für die Einreichung von Materialien auf dem Kinderrechte-Portal und als Kooperationspartner:innen für Social-Media-Posts gewonnen werden.

Ein eigenes Meet & Greet für diese Zielgruppe soll ihre Bedarfe im Hinblick auf die kinderrechtliche Bildungsarbeit erheben und direkt in

die Weiterentwicklung des Portals einfließen lassen.

▪ Darüber hinaus wird die Sichtbarkeit des Portals für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte durch den Aufbau von Verlagskooperationen gezielt gestärkt.

▪ Das Kinderrechte-Portal soll inhaltlich und technisch begutachtet werden. Gemeinsam mit geeigneten Partner:innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft soll eine Zukunftsperspektive für die Jahre 2027 bis 2029 entwickelt werden.

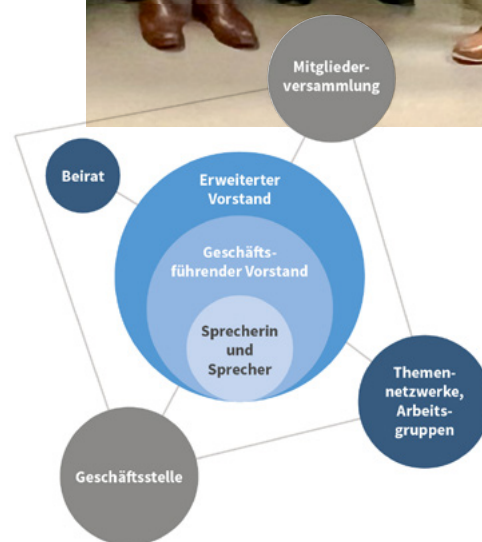


II. MENSCHEN

| Vorstand

Der Geschäftsführende Vorstand kam 2025 neunmal mit der Geschäftsstelle 2025 zu gemeinsamen Sitzungen zusammen, um Entscheidungen des Erweiterten Vorstands vorzubereiten und tagesaktuelle Entwicklungen zu besprechen. Darüber hinaus kam der geschäftsführende Vorstand zu internen Sitzungen zusammen. Einzelne Mitglieder unterstützten die Arbeit der NC auch operativ bei der Umsetzung konkreter Projekte und brachten ihre Expertise in anderen Netzwerken ein.

Der Erweiterte Vorstand kam zu vier Sitzungen zusammen, darunter eine Klausurtagung. Im Mittelpunkt stand 2025 die strategische Weiterentwicklung des Netzwerks. Eine Umfrage im Vorfeld der Klausur machte deutlich, was die Mitglieder des Erweiterten Vorstands von der NC erwarten: mehr gemeinsame inhaltliche Arbeit, mehr Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit und eine stärkere strategische politische Kommunikation im Hinblick auf die Rechenschaftspflicht zur Verwirklichung der Kinderrechte in Deutschland, abgeleitet aus der UN-KRK und dem Staatenberichtsverfahren. In drei Arbeitsgruppen wurden diese Felder vertieft. Die Zielrichtung: klare inhaltliche Positionierungen,



gezielte Kommunikation nach außen und eine Beteiligungskultur, die Legitimität schafft. Das Ergebnis: Die inhaltliche Arbeit des Netzwerks soll durch koordinierte, gemeinsame Positionen zu kinderrechtlichen Schlüsselthemen gestärkt werden. Diese stärken die Sprechfähigkeit des Netzwerks, schaffen Legitimität und sind zugleich wertvolle Vorarbeit für die kommende List of Issues Prior to Reporting. Der Erweiterte Vorstand beschloss auf dieser Grundlage einen strukturierten Prozess zur Entwicklung gemeinsamer Positionspapiere. Im kommenden Jahr wird der Strategieprozess fortgesetzt. Die Klausur machte spürbar, was das Netzwerk Kinderrechte einzigartig macht: Als unabhängige Plattform der Kinderrechtszivilgesellschaft in Deutschland bündelt es Vielfalt, Expertise und eine gemeinsame Zielsetzung in einer horizontalen

Netzwerkstruktur. Seine Stärke liegt in der Fähigkeit, fachlich fundierte Forderungen als gemeinsame zivilgesellschaftliche Stimme für Kinderrechte in Deutschland zu vertreten und gegenüber Politik und Öffentlichkeit koordiniert aufzutreten. Die Vielfalt der Perspektiven, die das Netzwerk vereint, schafft dabei Legitimität.

2025 legte Üwen Ergün sein Amt als Sprecher sowie Jutta Croll ihr Amt als Mitglied des geschäftsführenden Vorstands nieder. Auch Tim Stegemann und Ralph Schliwenz aus dem Erweiterten Vorstand kandidierten nicht erneut. Auf der Mitgliederversammlung am 25. September 2025 wurden gewählt:

Vorstand



Bianka Pergande
Sprecherin
Deutsche Liga für das Kind
in Familie und Gesellschaft



Günter Burkhardt
Schatzmeister
Pro Asyl



Sven Stumpf
Sprecher
SOS-Kinderdorf



Torsten Krause
Stiftung Digitale Chancen

Erweiterter Vorstand



Sophie Gatzsche
UNICEF Deutschland



Antje Monshausen
Terre des Hommes
Deutschland



Anne Wihstutz
Hochschule
Magdeburg-Stendal



Frank Mischo
Kindernothilfe



Eric Großhaus
Save the Children



Monika Sklorz-Weiner
Berufsverband
Deutscher Psychologinnen
und Psychologen



Kristina Kreuzer
World Vision Deutschland



Torsten Flader
Deutsche Wanderjugend

Beirat

Der Beirat des Netzwerks Kinderrechte besteht aus Expert:innen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, die fachlich mit den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen vertraut sind. Der Beirat traf sich 2025 zweimal. Im Mittelpunkt standen die kinderrechtlichen Auswirkungen der Bundestagswahl und aktuelle Herausforderungen im Kontext des Regierungswechsels. Ein weiterer Schwerpunkt war die kritische Auseinandersetzung mit den Begriffen „Kinderschutz“ und „Kindeswohl“. Der Beirat beschäftigte

sich mit der Instrumentalisierung und einseitigen Betrachtung von Kinderschutz. Diskutiert wurde, dass das Kindeswohl oftmals auf „Schutz“ reduziert wird und somit nicht kinderrechtskonform verwendet wird. Diese verengte Sichtweise führt dazu, dass Förderung und Beteiligung als gleichrangige Dimensionen der Konvention in den Hintergrund treten. Auf dieser Grundlage erarbeitete der Beirat ein gemeinsames Positionspapier, das einen Perspektivwechsel fordert: vom traditionellen Kinderschutz, der Kinder als Schutzobjekte behandelt, hin zu einem Kinderrechtesschutz, der Kinder als eigenständige Rechtssubjekte und aktive Mitgestaltende ernst nimmt. Das Papier soll 2026 veröffentlicht werden.



| Schirmfrau

2025 durften wir Josephine Ortleb, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, als neue Schirmfrau des Netzwerks Kinderrechte begrüßen. Sie ist die Nachfolgerin von Bärbel Bas, die das Amt von 2020 bis 2024 innehatte. In einem Interview auf unseren Social-Media-Kanälen stellte sie sich den Mitgliedern vor. Außerdem nahm sie im Rahmen eines inhaltlich-politischen Dialogs an der Mitgliederversammlung teil und stellte sich den Fragen der Mitglieder.

In ihrem Grußwort machte Josephine Ortleb deutlich, dass sie Kinderrechte nicht als abstraktes Politikfeld versteht, sondern als gelebte Haltung. Sie betonte die Pflicht der Politik, Strukturen zu schaffen, die ein Recht auf Kindheit garantieren, und sprach sich für die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz sowie für Chancengleichheit unabhängig vom Einkommen der Eltern aus. In der anschließenden Diskussion mit den Mitgliedern wurden zentrale kinderrechtliche Herausforderungen besprochen, darunter die Absenkung des Wahlalters, die Zukunft des Programms „Demokratie leben!“, Kinderarmut und der Schutz von Kindern im europäischen Asylsystem.

| Kinderschutzbeauftragte

Jörg Lichtenberg und Kirsten Schweder sind die Kinderschutzbeauftragten des Netzwerks Kinderrechte. Jörg Lichtenberg wurde im Februar 2023 vom Erweiterten Vorstand berufen, Kirsten Schweder bereits Ende 2022 für die Geschäftsstelle bestimmt.

Im Jahr 2025 fanden regelmäßige Austauschtreffen zwischen den beiden Kinderschutzbeauftragten statt. Daraus hervorgegangen sind ein Meet & Greet sowie eine interne Kinderschutzfortbildung für die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle.

| Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle ist die erste Anlaufstelle für die Mitglieder und Partner:innen des Vereins. Alexia Knappmann übernahm im Januar 2025 die Geschäftsstellenleitung. Gemeinsam mit Kirsten Schweder (stellv. Geschäftsstellenleitung), Cora Ripking (Referentin für Vorstand und Geschäftsstellenleitung, ab April 2025 in Elternzeit) und Sophie Bauer (Elternzeitvertretung/Referentin für Vorstand und Geschäftsstellenleitung, ab Mai 2025), Emily Koch (Referentin Kinderrechte-Portal), Lea Marignoni (Öffentlichkeitsarbeit), Matthias Gawol (Buchhaltung und Finanzen) sowie Michelle Fleischer (Praktikantin) setzten sie 2025 die Vorhaben um, die auf die Ziele des Netzwerks Kinderrechte ausgerichtet sind.

▼ Teamsitzung der Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle





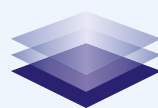
Eindrücke der Mitgliederversammlung im September 2025 in Berlin:

- ◀ links: Die Mitglieder des Netzwerk Kinderrechte wählen den Erweiterten Vorstand
- ▲ oben: Grußwort der Schirmfrau Josephine Ortleb
- ▼ unten: Vorstellung des Prozesses der Positionierungen



III. ZAHLEN

Die National Coalition Deutschland erfüllt die Vorgaben der Initiative Transparente Zivilgesellschaft und veröffentlicht ihre finanziellen Daten auf ihrer Website.



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft

Für das Basisprojekt erhielt das Netzwerk Kinderrechte im Jahr 2025 eine Förderung in Höhe von 438.034,83 € über den Kinder- und Jugendplan des Bundes. Im Jahr 2025 betrugen die Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge 37.200,00 €. Die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen stiegen demnach im Vergleich zu 2024 um 100,00 €. Im Rahmen der Mitgliederversammlung 2026 ist eine Anpassung der Beitragsordnung vorgesehen.

Die Ausgaben setzen sich neben den Personal- und Sachkosten größtenteils aus den Kosten für Publikationen wie die Broschüren zum General Comment 12 zum Recht des Kindes auf Gehör und zum General Comment 14 „Dein Wohl hat Vorrang“ zusammen. Der gemeinsam mit Terre des Hommes herausgegebene General Comment 26 „Kinderrechte im Kontext von Klimakrise und Umweltzerstörung umsetzen“ wurde Ende 2025 in einer 2. Auflage nachgedruckt.

Mit einem Aufstockungsantrag in Höhe von 58.513 €, der im Juli 2025 bewilligt wurde, konnte das Hörspiel „Danas Reise zu den Kinderrechten“ realisiert werden. Zudem erfolgten technische Anpassungen und ein Ausbau des Kinderrechte-Portals (eigener Kinderbereich) sowie eine befristete Stellenerweiterung der Projektassistenz um 25 % für zwei Monate.

Im Dezember 2025 wurde der Projektantrag „Mitreden. Mitgestalten. Mitentscheiden. Kinder- und Jugendbeteiligung im Kinderrechte-Monitoring“, den das Netzwerk bei SOS-Kinderdörfer weltweit gestellt hat, positiv bewilligt. Im Rahmen des Projekts wird eine dauerhafte Kinder- und Jugendbeteiligung im Monitoring der Kinderrechte aufgebaut. Gefördert werden die Vernetzung von Fachkräften in einem Themennetzwerk sowie eine Kampagne zum Thema Partizipation.

Einnahmen 2025

Mitgliedsbeiträge	37.200,00 €
Zuwendung KJP	450.370,71 €
Weitere Zuwendung	33.496,25 €
Weitere Einnahmen	187,05 €
Einnahmen Gesamt	521.125,01 €

Ausgaben

Personalkosten Verein	5.875,89 €
Verwaltungskosten	5.819,15 €
Öffentlichkeitsarbeit Verein	8.365,70 €
Veranstaltungskosten MV	6.026,03 €
Projektkosten/Eigenmittel	27.375,67 €
Personalkosten (KJP-Förderung)	301.487,89 €
Verwaltungskosten (KJP-Förderung)	69.733,87 €
Kosten für Aktivitäten (KJP-Förderung)	79.148,95 €
Projektkosten (Förderung SOS-Kinderdörfer weltweit)	14.789,45 €
Ausgaben Gesamt	518.622,60 €

Rücklagen

Auflösung Betriebsmittelrücklage (+)	1.088,59 €
Bildung Freie Rücklagen (-)	3.720,00 €
Bildung Rücklagen Gesamt	2.631,41 €



IV. MITGLIEDER

Im Jahr 2025 hatte das Netzwerk Kinderrechte 109 Mitglieder (Stand Dezember 2025).

Die Mitgliederversammlung fand am 25. September 2025 in Berlin statt. Rund 40 Mitgliedsorganisationen sowie Gäste kamen zusammen. Vorstand und Geschäftsstelle berichteten über die Aktivitäten des Jahres 2025 und gaben einen Ausblick auf 2026. Nach dem Finanzbericht und dem Bericht der Rechnungsprüferinnen wurde der Vorstand entlastet und der Haushaltsplan 2026 beschlossen.

Die ordentliche Mitgliedschaft können kinderrechtlich engagierte, rechtsfähige Organisationen der Zivilgesellschaft mit bundesweiter Bedeutung beantragen, die die satzungsgemäßen Ziele des Netzwerks Kinderrechte unterstützen. Organisationen und Personen, die die satzungsgemäßen Ziele des Netzwerks ideell und finanziell unterstützen möchten, können eine Fördermitgliedschaft beantragen.

Ordentliche Mitglieder

- Aktionskomitee KIND IM KRANKENHAUS AKIK – Bundesverband
- Amadeu Antonio Stiftung
- Arbeitsgemeinschaft Allergiekranke Kind
- Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland
- AWO Bundesverband
- Berufsverband der Heilpädagoginnen und Heilpädagogen – Fachverband für Heilpädagogik
- Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen
- Berufsverband für Lerntherapeut*innen
- Berufsverband Kinderkrankenpflege Deutschland
- Bildungswerk für Schülervertretung und Schülerbeteiligung (SV-Bildungswerk)
- BLUE 21 Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwicklung
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Kinderschutz-Zentren
- Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz
- Bundesarbeitsgemeinschaft kommunale Kinderinteressen
- Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchen*politik
- Bundesarbeitsgemeinschaft Mehr Sicherheit für Kinder
- Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
- Bundesjugendwerk der AWO
- Bundeskonferenz für Erziehungsberatung
- Bundesstelle der Katholischen Jungen Gemeinde
- Bundesverband Caritas Kinder- und Jugendhilfe
- Bundesverband der Freien Alternativschulen
- Bundesverband für Kindertagespflege
- Bundesverband Kinderhospiz
- Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung
- Bundesvereinigung Lebenshilfe
- Bundesweite Arbeitsgemeinschaft Psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer
- Bündnis Kinder- und Jugendgesundheit
- Das Kindermissionswerk ‚Die Sternsinger‘
- Der Paritätische Gesamtverband
- Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik
- Deutsche Gesellschaft für Kinderchirurgie
- Deutsche Gesellschaft für Prävention und Intervention bei Kindesmisshandlung, -vernachlässigung und sexualisierter Gewalt
- Deutsche Jugendfeuerwehr im Deutschen Feuerwehrverband
- Deutsche Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft
- Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen
- Deutsche Wanderjugend
- Deutscher Caritasverband
- Deutscher Juristinnenbund
- Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband
- Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht
- Deutsches Jugendrotkreuz
- Deutsches Kinderhilfswerk
- Deutsches Komitee für UNICEF
- Deutsches Rotes Kreuz
- djo – Deutsche Jugend in Europa Bundesverband

- ECPAT Deutschland
- evangelische arbeitgemeinschaft familie
- Evangelische Hochschule Berlin (EHB)
- Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung
Diakonie Deutschland

- Fachhochschule Potsdam – Studiengangsverbund
Masterstudiengang Frühkindliche Bildungs-
forschung und Weiterbildungsstudiengang M.A.
Childhood Studies and Children’s Rights
- Frauenhauskoordinierung,
Jugendbildungsstätte Ludwigsstein
- FRÖBEL

- Gesamtverband für Kindergottesdienst in der EKD
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
- GreenBirth
- GRIPS Theater
- Grundschulverband

- Hochschule Düsseldorf – Fachbereich Sozial- &
Kulturwissenschaften
- Hochschule für angewandte Wissenschaften
Coburg – Fakultät Soziale Arbeit und Gesundheit
- Hochschule Magdeburg-Stendal, Studiengang
Kindheitswissenschaften

- Initiative für Große Kinder
- Intergeschlechtliche Menschen
- International Society for Pre- and Perinatal
Psychology and Medicine
- Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen
- Internationaler Bund (IB)

- Jugend der Deutschen
Lebens-Rettungs-Gesellschaft
- Jugendnetzwerk Lambda
- JUMEN

- Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie
- Katholische Erziehergemeinschaft Deutschlands
- kijufi – Landesverband Kinder- und Jugendfilm
- Kinder- und Jugendwerk der Naturfreunde –
Verein zur Förderung der Naturfreundejugend
Deutschlands
- Kinderfreundliche Kommunen
- Kindernothilfe
- Kinderrechte-Institut
- KRF (KinderRechteForum)

- LERNEN FÖRDERN – Bundesverband zur Förderung
von Menschen mit Lernbehinderungen
- Lindenstiftung für vorschulische Erziehung

- MACHmit! Museum für Kinder
- Makista
- Malteser Jugend
- MOGiS – Eine Stimme für Betroffene
- Montessori Dachverband Deutschland

- NAJU – Naturschutzjugend im NABU

- OUTLAW. die Stiftung

- PFAD Bundesverband der Pflege-
und Adoptivfamilien
- pfv – Pestalozzi-Fröbel-Verband
- Plan International Deutschland
- PRO ASYL
- Ringe deutscher Pfadfinderinnen-
und Pfadfinderverbände

- Save the Children Deutschland
- Seitenstark
- SOS-Kinderdorf
- SOS-Kinderdörfer weltweit,
Hermann-Gmeiner-Fonds Deutschland
- Sozialistische Jugend Deutschlands –
Die Falken Bundesvorstand
- Spielmobile
- Stiftung Bildung
- Stiftung Digitale Chancen

- Teach First Deutschland
- Technische Jugendfreizeit- und Bildungsgesellschaft
- Terre des Hommes Deutschland
- The Duke of Edinburgh’s International Award –
Germany

- Verband binationaler Familien
und Partnerschaften iaf
- Vereinigung der Waldorfkinderergärten

- World Future Council
- World Vision Deutschland

Fördermitglieder

- Bundesnetzwerk Gemeinsam leben –
Gemeinsam lernen
- ChildFund Deutschland
- Gesellschaft für Geburtsvorbereitung,
Familienbildung und Frauengesundheit
Bundesverband
- Kiwanis International – Distrikt Deutschland
- War Child Deutschland

GRUSSWORT JOSEPHINE ORTLEB

zur Mitglieder- versammlung 2025

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder des Netzwerks Kinderrechte,**

**ich freue mich sehr, als neue Schirmfrau des
Netzwerks Kinderrechte heute an der Mitglieder-
versammlung teilnehmen zu dürfen, mich
ihnen vorzustellen und über die Möglichkeit,
ein paar Worte an Sie zu richten.**



Ich möchte mit Ihnen ein paar ganz persönliche Einblicke in meine eigene Kindheit teilen.

Ich bin in einer Familie aufgewachsen, in der Kinderrechte nicht nur theoretisch existierten, sondern die ganz bewusst im Alltag gelebt wurden.

Ich durfte schon früh erleben, dass meine Meinung zählt.

Meine Eltern gaben mir und meinem Bruder Raum, Gedanken zu äußern, Wünsche zu formulieren und selbst Verantwortung zu übernehmen.

Wir sprachen häufig abends während des Abendbrots darüber, was es heißt, Teil der Gesellschaft zu sein, wie Argumente ausgetauscht werden und dass es in Ordnung ist, andere Meinungen zu hinterfragen.

Diese Haltung hat mir geholfen, meinen Platz in der Welt zu finden.

Kinderrechte im Alltag zu leben, bedeutet für mich, mein Kind zu befähigen. Ihm Verantwortung zuzugestehen und ihm die Möglichkeit zu geben, zu wachsen und sich zu entwickeln.

Ich glaube, dass genau das meine Fähigkeit gestärkt hat, zu verstehen, wer ich bin, was ich will und vor allem, was ich in dieser Welt bewegen kann.

Und genau das ist es, was ich meinem eigenen Sohn und jedem Kind in Deutschland, in Europa und auf der Welt wünsche.

Dass wir Erwachsenen dafür sorgen, unsere Kinder zu befähigen, aktive, verantwortungsvolle Teile unserer Gesellschaft zu werden.

Warum erzähle ich Ihnen das so detailliert?

Weil es meine politische Haltung prägt.

Weil es mich antreibt, mich im Familienausschuss für die Belange der Kleinsten in unserer Gesellschaft stark zu machen.

Denn klar ist: Nicht jedes Kind hat das Privileg, in einem Umfeld aufzuwachsen, das es fördert, ihm Schutz und Fürsorge bietet und es gut auf das Leben vorbereitet.

Deswegen müssen wir als Staat und auch als Gesellschaft mit dafür sorgen.

Als Politik ist es unsere Pflicht, Strukturen zu schaffen, um das Recht auf Kindheit und Kindsein zu garantieren.

Als Gesellschaft ist es unsere Pflicht, diese Strukturen einzufordern.

Die Frage, die mich und viele Kolleginnen und Kollegen in Berlin umtreibt, ist allerdings auch die Frage nach dem „Wie“.

Und da sind wir uns in der Umsetzung bisher leider noch nicht vollkommen einig.

Wie können wir das Recht auf Kindheit garantieren und somit auch unseren Verpflichtungen aus der UN-Kinderrechtskonvention nachkommen?

Für mich ist die Antwort hier klar: Kinderrechte müssen endlich Teil unserer Verfassung werden.

Damit endlich aus einer Verfassungswirklichkeit eine Lebenswirklichkeit für Kinder werden kann.

Das wäre ein deutliches Bekenntnis, dass jedes Kind in Deutschland einen Anspruch auf Förderung, Beteiligung und Schutz hat. Und das nicht nur auf dem Papier, sondern verbindlich im Kern unserer Demokratie.

Neben der Stärkung der Kinderrechte durch eine Verankerung im Grundgesetz braucht es aber auch die Sicherstellung von materiellen Grundlagen für Kinder.

Gute Bildung, Teilhabe an Kultur und Sport und auch ein Zugang zu ordentlicher Gesundheitsversorgung müssen allen Kindern zugänglich sein.

Alle Kinder brauchen die bestmöglichen Chancen, und Armut darf nicht vererbbar werden.

Wir brauchen aber auch weiterhin Programme wie „Demokratie leben!“, weil dann Träger weiter im Bereich Kinder- und Jugendbeteiligung tätig sein können.

Wir brauchen auch eine größere Anerkennung von dem, was in Sachen Demokratieförderung in Kindergärten und Schulen gemacht wird.

In vielen Kitas und Schulen gibt es heute Kinderparlamente, in denen schon die Kleinsten die Möglichkeit bekommen, mitzubestimmen und Gehör zu finden. Dies gilt auch für die Juniorwahl und die Jugendwahl U18. Die Stimmen von Kindern und Jugendlichen hörbar zu machen, muss unser aller Anliegen sein.

Als Koalition möchten wir aber auch neue Strukturen schaffen, um Beteiligung von Kindern zu fördern.

Zum Beispiel durch die Einführung einer Kinderkarte für alle kindergeldberechtigten Kinder in Deutschland.

Liebe Damen und Herren,

die echte Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz, die Umsetzung der finanziellen Sicherstellung eines Rechts auf Kindheit und die vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention haben wir uns zur Aufgabe gemacht – unser politischer Wille ist da.

Für mich gilt es weiterhin, dafür politische Mehrheiten zu finden.

Und weil Überzeugungsarbeit immer auch Teamwork ist, bin ich froh, dass das Netzwerk Kinderrechte diese Arbeit für die Rechte der Kinder so ambitioniert verfolgt.

Vielen Dank.

(Es gilt das gesprochene Wort.)

